



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 11.11.2015**

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Herr Karl Montag	
------------------	--

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Manfred Grebenstein	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Peter Krohn	
Frau Dr. Marita Kroneberger	
Frau Ilona Pfetzing	
Herr Lutz Schaub	
Frau Karin Schneider	
Frau Petra Strauß	
Herr Matthias Wenderoth	

CDU-Fraktion

Herr Dr. Manfred Bödicker	
Herr Thomas Große	
Herr Claus Hamp	
Herr Hartmut John	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Andreas Kühnel	
Herr Jörg Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	

Herr Dr. Andreas Vogt	
Frau Julia Witthüser	
Herr Klaus Wolf	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Claudia Fiedler	
Herr Siegfried Fiegenbaum	
Herr Armin Jung	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

FWG-Fraktion

Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Partei Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Stefan Happel	
Herr Jörg Hartebrodt	
Herr Alexander Heppe	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Ernst Hartig	
Herr Peter Hoefel	(als Vertretung für Walter Hoefel)
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Georg Rost	
Herr Horst Schäfer	

Ausländerbeirat

Herr Grygoriy Frenkel	
-----------------------	--

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Zuschauer/innen

25	
----	--

Vertreter der Presse

4	
---	--

Entschuldigt waren:**Mitglieder des Magistrats**

Frau Patricia Hölzel	
----------------------	--

Ortsvorsteher

Herr Walter Hoefel	
--------------------	--

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****22:33 Uhr**

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

- | | |
|---|----------|
| 119. Amtseinführung und Ernennung des Bürgermeisters | Seite 7 |
| 120. Magistratsbericht | Seite 13 |
| 121. Haushaltsplan 2016 | Seite 18 |
| 121.1 Feststellung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 | Seite 18 |
| 121.2 Entwurf des Stellenplanes 2016 | Seite 25 |
| 122. Vorlage des Entwurfs der Fortschreibung zum Haushaltssicherungskonzept 2016 | Seite 26 |
| 123. Vorlage des Entwurfs des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2015 - 2019 | Seite 27 |
| 124. Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege | Seite 28 |
| 125. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege | Seite 29 |
| 126. Wirtschaftsplan 2016 für den Eigenbetrieb Wasserversorgungsbetrieb Eschwege | Seite 29 |

127.	medienWERK – Studio für digitale Kommunikation und Film	Seite 30
128.	Gemeinsamer Antrag der SPD-, CDU-, FDP- und FWG-Stv.-Fraktion betr. weiteres Vorgehen zur Gesundung des Werratalsees	Seite 31
129.	Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. freies WLAN in Eschwege	Seite 42
130.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Bereich der städtischen Gremien hier: Antrag auf Änderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 35, Punkt 2, vom 18.09.2014	Seite 45
131.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Konzept zur Bereitstellung und Finanzierung von bezahlbaren und zeitgemäßen Wohnungen aus dem Wohnungsbestand in Eschwege	Seite 45
132.	Anregungen	Seite 50

- 1 -

Stv.-V. Montag:

„Guten Abend meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich begrüße Sie alle recht herzlich heute Abend zur 6. Sitzung im Jahr 2015 und zur 41. Sitzung in dieser Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege, hier in der Stadthalle.

Ich begrüße natürlich ganz besonders Sie, die erschienenen Zuschauer, auf das Herzlichste. Heute begrüße ich auch noch Ehrengäste, eine Delegation aus Mühlhausen ist hier. Da wird aber der Stadtkämmerer noch mal darauf eingehen. Ich freue mich, dass Ihr da seid und finde es ganz große Klasse, da es ja am 3. Dezember kein Treffen geben wird. Wir müssen das mal im Vorfeld besser regeln, damit uns das nicht wieder passiert. Das sollten wir mal besprechen. Ich begrüße die Pressevertreter der Werra-Rundschau und des Marktspiegels. Recht herzlichen guten Abend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne nun die heutige Sitzung und stelle fest, dass zur Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Hinweis zur Amtlichen Bekanntmachung auf www.eschwege.de erfolgte in der Werra-Rundschau am Samstag, dem 07.11.2015.“

Stv.-V. Montag gibt die entschuldigt fehlenden bzw. später kommenden Stadtverordneten, Magistratsmitglieder und Ortsvorsteher bekannt.

Stv.-V. Montag:

„Ich stelle fest, dass wir beschlussfähig sind.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit Ihren Unterlagen zugegangen. Gibt es Anträge zur Tagesordnung, oder gibt es Einsprüche oder noch Änderungswünsche?

Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer der Ihnen vorliegenden Tagesordnung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag:

„Dann haben wir noch über das Protokoll der Sitzung vom 24.09.2015 abzustimmen. Wer diesem Protokoll zustimmen möchte, bitte ich ebenfalls um das Handzeichen.“

Beschluss:

Das Stv.-Protokoll vom 24.09.2015 wird genehmigt.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag gratuliert den Mandatsträgern/-innen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Die Jubilare erhalten ihre Präsente.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich nun in die Tagesordnung eintrete, möchte ich Ihnen, auch in Anbetracht der Flüchtlingslage hier bei uns in Eschwege, aber auch bundesweit, eine Erklärung aller hier in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen zu Kenntnis geben. Sie lautet:

Eschweger Erklärung

Eschwege, den 11.11.2015

Alle Fraktionen in der Eschweger Stadtverordnetenversammlung stehen gemeinsam zu ihrer Verantwortung, Menschen in Eschwege Zuflucht zu gewähren. Sie sind bei uns willkommen, unabhängig von ihrer Religion, ihrem Geschlecht oder ihrer Hautfarbe. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass Eschwege ein sicherer Ort für Menschen ist, deren Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung und kultureller Identität in ihren Heimatländern verwehrt wird.

Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, ihnen Unterkunft, Ernährung und medizinische Hilfe zu gewähren. Wir werden, als die gewählten Bürgerinnen und Bürger in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, diese schwierige Situation konstruktiv begleiten. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind aber auch dazu da, die Sorgen und Ängste von Bürgerinnen und Bürgern anzuhören und ins Rathaus zu tragen. Sprechen Sie Ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter an, wenn Sie Fragen und Anregungen haben.

Gleichzeitig rufen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung alle Bürgerinnen und Bürger auf, ankommenden Flüchtlingen zu helfen und ihnen mit Wohlwollen zu begegnen. Sei es, dass Sie in den verschiedenen Initiativen der Flüchtlingsbetreuung mitarbeiten, sei es, dass Sie Ihnen einfach freundlich gegenüber treten und ansprechbar sind.

Die Fraktionen danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich bei der Integration von Flüchtlingen engagieren, ausdrücklich dem Roten Kreuz, der Freiwilligen Feuerwehr und dem THW. In den Dank schließen wir die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen ein, welche sich in diesen Tagen über ihre Dienstpflichten hinaus engagieren.

Diese Erklärung haben die Fraktionsvorsitzenden unterschrieben und ebenso der Bürgermeister und der Erste Stadtrat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer gestern Abend hier in der Stadthalle bei der Informationsveranstaltung des Regierungspräsidiums mit dem Regierungspräsidenten Dr. Lübcke, des Werra-Meißner-Kreises, vertreten durch den Landrat Stefan Reuß und mit der Stadt Eschwege, vertreten durch Herrn Bürgermeister Alexander Heppe sowie Herrn Thomas Wuth vom Roten Kreuz und Herrn Thomas Beck von der Polizeidirektion Eschwege/Werra-Meißner war, der konnte feststellen, dass es hier in der Kreisstadt viele Menschen gibt, die bereit und gewillt sind, zu helfen. Es ist jetzt an der Zeit, Strukturen zu schaffen und nicht nur die auch ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, THW, Rotes Kreuz sondern auch Bürgerinitiativen und Einzelpersonen zu unterstützen, die sich in breit gefächerte Hilfsarbeit einbringen wollen. Dazu kann ich Ihnen auch noch eine persönliche Anmerkung für gestern am Spätnachmittag machen und das will ich auch, also noch vor der Infoveranstaltung hier in der Stadthalle. Ich habe es ja auch da bereits gesagt. Bianca Cardoso Aylin Abbau, Frank Daumann und ich zu einer Helferveranstaltung in den Helco-Markt, der zuletzt Taufrisch-Markt hieß und uns von der Firma Jantz-Immobilien zur Verfügung gestellt wurde, eingeladen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir überwältigt waren. Ca. 150 Menschen, nicht nur aus Eschwege, waren gekommen, um für Flüchtlinge gesammelte Kleidung zu sortieren und dann auch auszugeben. Das alles zeigt mir, dass die Menschen hier in Eschwege und im Werra-Meißner-Kreis bereit sind,

sich einzubringen. Aber auch Firmen und Institutionen haben uns Hilfe zugesagt. Dafür möchte ich mich von dieser Stelle bei allen, die mithelfen, bedanken und Danke sagen. Aber auch Sie können mithelfen, indem Sie unsere Anliegen nach draußen bringen und für unsere Sammlung und unsere Arbeit werben. Wenn wir alle, jeder an seiner Stelle und an seinem Platz, nur ein kleines bisschen mithelfen, dann werden wir auch diese schwierige Situation meistern. Davon bin ich fest überzeugt. Ich möchte nun die Eschweger Erklärung, die in diesem Zusammenhang immer wieder angeführt werden sollte, mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben. Das werde ich jetzt tun. Und dann werde ich, wenn noch jemand um das Wort bittet, ihm natürlich Raum und Zeit geben, hierzu zu sprechen. Dankeschön.“

Die Eschweger Erklärung wird an die Presse verteilt.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir können nun in die Tagesordnung für den heutigen Abend eintreten. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1 „Amtseinführung und Ernennung des Bürgermeisters“. Das Wort hat der Erste Stadtrat und Stadtkämmerer Reiner Brill.

119. AMTSEINFÜHRUNG UND ERNENNUNG DES BÜRGERMEISTERS **- 1/12 -**

StK. Brill:

„Vielen Dank. Von Schulterklopfen bitte ich abzusehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eine Kurzinfo von der Verwaltung bekommen für diesen Tagesordnungspunkt. - Die Ernennung des Bürgermeisters für eine zweite Amtszeit von sechs Jahren ist für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und natürlich auch für den Bürgermeister ein ganz besonderes Ereignis. Und das zeigt im Übrigen auch die Tatsache, der Stadtverordnetenvorsteher hat eben darauf hingewiesen, dass wir auch Ehrengäste dahaben. Aus der Stadt Mühlhausen begrüße ich ganz herzlich Dr. Kay-Uwe Jagemann. Er ist der Vorsitzende des Mühlhäuser Stadtrates, vertritt heute Abend den Oberbürgermeister Dr. Johannes Bruns, der eigentlich auch kommen wollte und kurzfristig dann aber nach Erfurt musste. Ich begrüße ebenfalls den Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste der Stadt Mühlhausen, Herrn Guido Knob. Ich erspare Ihnen, vorzulesen, wer alles noch einmal Glückwünsche übersandt hat. Ich darf stellvertretend für alle nennen den Kommandanten des Tenders Werra, Korvettenkapitän Stefan Klatt, der dem Bürgermeister zur Wiederwahl gratuliert, wie viele andere auch.

Herr Bürgermeister Heppe, bevor ich die Ernennungsurkunde jetzt verlese, möchte ich zunächst noch einmal Ihnen in aller Form, auch im Namen des Magistrates, zur Wiederwahl gratulieren. Sie haben, Herr Heppe, bereits im ersten Wahlgang knapp 63 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Sie haben mit dem Ergebnis einen klaren Auftrag bekommen, die Kreisstadt Eschwege zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu führen. Sie werden, das darf ich an der Stelle sagen, sich auf eine engagierte und sehr gut aufgestellte Verwaltung stützen können. Sie werden auch weiterhin einen Magistrat zur Seite haben, der die Probleme, aber auch die Chancen und die Potentiale der Kreisstadt Eschwege kennt und gut einschätzen kann. Ich darf die Gelegenheit nutzen, mich in Namen des Magistrates auch für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen sechs Jahren zu bedanken. Ich werde Ihnen gleich noch ein offizielles Geschenk der Kreisstadt überreichen. Für Sie, sage ich mal, keine große Überraschung mehr. Sie haben es sich selber ausgesucht. Es ist eine Krawatte geworden. Eine Krawatte, die Sie sicherlich nicht nur bei offiziellen Anlässen gut kleiden wird. Ich bin ja der Meinung, Ihnen steht rot sehr gut, aber er hat, glaube ich, wieder eine grüne Krawatte ausgewählt. Wir freuen uns im Magistrat auf eine weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein gutes

Miteinander. Das schließt natürlich im Einzelfall auch kontroverse Diskussionen und auch unterschiedliche Abstimmungsergebnisse nicht aus. Uns eint im Magistrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, immer auch der gemeinsame Wille, zu sachlich guten Entscheidungen zu kommen, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Es ist eben ja angeklungen, dass die Rahmenbedingungen für die Gestaltung unserer Stadt, die ökonomischen, die politischen, die sozialen, die kulturellen, nicht einfacher werden, ich glaube, darüber sind wir uns alle im Klaren. Das Thema Flüchtlinge, Bewältigung der Flüchtlingskrise, das ist ein wesentliches, was möglicherweise auch ihre Amtszeit bestimmen wird. Die Herausforderung besteht darin, die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die Veränderungen, die wir permanent haben, auch anzunehmen und vorausschauend und aktiv zu gestalten. Dafür wünschen wir Ihnen, Herr Bürgermeister Heppe, eine glückliche Hand und eine erfolgreiche zweite Amtszeit. Und jetzt komme ich zum Kern des Tagesordnungspunktes und darf Ihnen die Urkunde verlesen und bitte Sie, dafür dann auch einen Schritt näherzutreten.

Im Namen der Kreisstadt Eschwege ernennen wir Herrn Alexander Heppe, geboren am 18. Februar 1976 in Eschwege, nach der durchgeführten Direktwahl in der Kreisstadt Eschwege am 7. Juni 2015 mit Wirkung vom 1. Dezember 2015 für die zweite Amtszeit von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum hauptamtlichen Bürgermeister der Kreisstadt Eschwege.

Eschwege, den 11. November 2015

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege

unterzeichnet von Stadträtin Heidrun Ott und
vom Ersten Stadtrat und Stadtkämmerer Reiner Brill

Herzlichen Glückwunsch.“

Herr Bürgermeister Heppe erhält ein Geschenk und einen Blumenstrauß. Die Presse fertigt Fotos.

Stv.-V. Montag:

„Ich habe ja schon eben persönlich gratuliert und ich gratuliere natürlich auch in Ihrer aller Namen und ich weiß, dass jetzt einige Grußworte gewünscht sind und bitte zunächst unsere Gäste aus Mühlhausen, das Grußwort an den Bürgermeister zu sprechen. Bitteschön Kay-Uwe.“

Dr. Kay-Uwe Jagemann, Stadtratsvorsitzender Mühlhausen:

„Herr Bürgermeister Heppe, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf nochmal unseren Oberbürgermeister entschuldigen, der wirklich kurz vorher, eine halbe Stunde vor Abfahrt hatte er mich angerufen, dass er zu einem Krisengespräch nach Erfurt musste. Ich habe nicht gefragt warum. Aber ich kann mir schon denken, worum es geht. Das können Sie sich wahrscheinlich alle denken. Das Entscheidende Thema. Aber jetzt zu dem Hauptthema heute hier.

Herr Bürgermeister, ich darf Ihnen im Namen des Oberbürgermeister Dr. Johannes Bruns und des gesamten Stadtrates und der Stadtverwaltung von Mühlhausen alles Gute wünschen für die Wiederwahl. Ich darf Ihnen eine ganz, ganz erfolgreiche Amtszeit wünschen, auch für Sie, auch natürlich für die Stadt Eschwege, die ich ja persönlich so mag. Und wir haben Ihnen eine Kleinigkeit mitgebracht. Es ist schwarz. Es ist Schwarzbier, in Mühlhausen gebraut. Jetzt könnte man sagen, okay wir tragen Eulen nach Athen, wenn wir gerade nach Eschwege Bier mitbringen. Aber ich denke, das Mühlhäuser Bier ist auch durchaus trinkbar. Und dann haben wir noch ein Schreibset mitgebracht. Das hat zufällig die Farbe Rot. Weil wir ja wissen, dass Sie als Bürgermeister sehr viele wichtige Sachen zu unter-

schreiben haben, da kann man ein Schreibset immer gut gebrauchen. In dem Sinn eine gute Hand allzeit.“

Herr Bürgermeister Heppe erhält die Präsente.

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Bürgermeister, jetzt komme ich in meinen Zwiespalt wie vor sechs Jahren. Weil, es ist für mich nicht der sehr geehrte Herr Bürgermeister, es ist auch schon seit 25, 30 Jahren, ich kann es gar nicht beziffern, der liebe Alex. Ich will es mal versuchen, in der nötigen Form, aber dann auch in der gebotenen Persönlichkeit zu halten. Wir wollen Dir als Deine ehemalige Fraktion und die Dich auch immer noch stützende Fraktion, erstmal sehr herzlich zur Wiederwahl gratulieren. Wir haben das alle schon persönlich getan, aber heute auch von dieser Stelle.

Eine Amtszeit ist jetzt um. Ist das der Zeitpunkt, um Rückschau zu halten? Und ich glaube, es wird manchmal gern gemacht, aber ich sage, auch bei einem so jungen Bürgermeister ist das fehl am Platz. Auch wenn es immer heißt, Wahlen sind kein Erntedankfest, aber vielleicht haben die Eschweger Bürger auch im Juni Rückschau gehalten auf die erste Amtszeit, auf die ersten sechs Jahre, und haben gesagt, gut gemacht. Man kann zumindest das Ergebnis so interpretieren. Für uns, für Dich, für Sie gilt es jetzt, nach vorne zu schauen. Und trotzdem gucke ich jetzt nochmal zurück, weil beim letzten Mal hatte ich hier ein Geschenk mit, was Frau Knapp-Lohkemper selber hergestellt hat. Das war das Bild eines Leuchtturms am Werratalsee. Ein großer, ein stabiler Leuchtturm, der allen Witterungen trotzt, den nichts umschmeißt und der Orientierung gibt. Das haben wir uns damals von Dir gewünscht. Wir können heute sagen, das haben wir bekommen. Du bist groß, Du bist stabil. Das hat erstmal der liebe Gott so gewollt, aber Dich schmeißt so schnell nichts um. Das hast Du in den letzten sechs Jahren eindrucksvoll bewiesen und Du beweist es gerade auch. Gestern Abend in der Bürgerversammlung hast Du ehrlicherweise gesagt, dass ihr in einer gespaltenen Situation seid. Als Magistrat, als Bürgermeister, eigentlich nicht zuständig und doch betroffen. Aber der Landrat hat sich ja nun sehr bedankt und hat gesagt, dass Du eine große Hilfe warst, dass Ihr viel Orientierung gegeben habt. Und dieses Lob des Landrates zeigt, glaube ich, das was ich oder was wir mit dem Symbol des Leuchtturms auch ausdrücken wollten. Und wenn wir schon beim Thema Flüchtlinge sind, Herr Brill hat es gesagt, es ist eine der großen Zukunftsaufgaben unserer Stadt. Das wird uns noch lange beschäftigen. Da erlaube ich mir diesen einen Satz: Heute ist nicht nur Amtseinführung, sondern heute ist auch noch Martinstag. Vielleicht sollten wir allen Menschen, und wir begegnen ja alle vielen Bürgern, die uns immer erklären, wie schwierig und schlimm das alles ist, noch einmal die Geschichte von Sankt Martin erzählen und sie dann mal fragen, ob sie nur einen Mantel zum Teilen haben oder ob sie nicht von den zehn Mänteln, die in ihrem Schrank hängen, mal locker einen abgeben könnten, ohne damit einen wirklichen Schaden davonzutragen. Das wäre mir mal ein Herzensanliegen und mein Statement dazu. Beim Thema Flüchtlinge sind wir dann auch bei dem nächsten Thema, was uns beschäftigen wird. Es werden Menschen hierbleiben. Es werden wahrscheinlich nicht die sein, die jetzt in der Notunterkunft sind, aber wir kriegen jetzt schon, auch in den Gemeinschaftsunterkünften, Flüchtlinge, wir kriegen Asylbewerber, die auch ein Bleiberecht haben, und da werden auch die Familien nachziehen. Also wird die Integration dieser Menschen, die auch ein wahnsinniges Potential und einen neuen Schwung für uns Stadt bringen können, eine der Aufgaben sein. Das steht dann in dem Kontrast zu einem Thema, was uns die letzten Jahre beschäftigt hat, die alternde Stadt. Aber auch an die müssen wir denken. Wir müssen unsere Innenstadt weiterentwickeln, den Handel. Da haben wir jetzt wieder gute Schritte gemacht. Und auch eins Deiner Themen, was Dir sehr am Herzen liegt, die dringend nötige Verzahnung von Werra und Stadt müssen wir angehen. Das Thema Wohnraum, da werden wir uns ja nachher auch noch mit beschäftigen. Das Thema Tourismus und nicht zuletzt der Werratalsee, wo ich jetzt mal in weiser Voraussicht sage, dass wir danach einen tollen Beschluss fassen werden. Wir werden die Verbesserung der Wasserqualität hinkriegen, gemeinsam mit Meinhard, mit einer großen Mehrheit. Das wird funktionieren. Aber auch was jetzt schon einmal öffentlich skizziert worden ist mit einem Ausbau mit der Wakeboardanlage, mit den Seeterrassen und den Pfahlhäusern. Ich glaube, bei Deiner nächsten Amtseinführung werden wir sagen, Mensch super, da haben wir uns jetzt schon dran ge-

wöhnt. Wir können uns gar nicht mehr vorstellen, wie das ohne das war. Ich glaube, Eschwege ist auf einem guten Weg. Und daran hast Du einen sehr erheblichen Anteil. Du hast gute Ideen aber auch immer das nötige Augenmaß für das Schaffbare. Du betonst immer das Gemeinschaftliche und Du bist wirklich der Typ, der es schafft, die Leute zusammenzubinden, und vor allen Dingen kannst Du ihnen auch zuhören. Die Bürger haben Dich eindrucksvoll beauftragt, die nächsten sechs Jahre unsere Stadt zu gestalten. Ich sage Dir zu, wir werden Dir dazu nach Kräften helfen. Für die nächsten sechs Jahre, lieber Alex, wünsche ich Dir viel Kraft, gute Freunde, gute Ideen und auch das nötige Händchen, und natürlich bekommst Du jetzt auch noch einen Blumenstrauß. Aber den gibst Du bitte Deiner lieben Frau Ina weiter, weil sie Dich ja an diesem Abend, wie an so vielen, auch entbehren muss. Auf gute nächste sechs Jahre für Dich und für unsere Stadt.“

Herr Bürgermeister Heppe erhält einen Blumenstrauß.

Stv. Feiertag:

„Ich mache es ganz kurz.

Lieber Herr Heppe, lieber Alex, auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit in den nächsten sechs Jahren. Auf ein Neues.“

Herr Bürgermeister Heppe erhält einen Blumenstrauß.

Stv. Dietrich:

„Herr Bürgermeister, auch von Bündnis 90/Die Grünen herzlichen Glückwunsch. Blümchen haben wir vergessen. Tut uns leid. Ich muss aber auch dazu sagen, zu Ihrer Wahl, ich habe mich da noch vor ein paar Tagen, vor ein paar Wochen auch im engsten Kreis mal darüber unterhalten. Genauso wichtig wie ein Bürgermeister, manchmal aber noch wichtiger ist aber eine gut funktionierende Stadtverordnetenversammlung, die Aufträge erteilt, in Form von Anträgen, und darauf achtet, dass diese Anträge als Aufgabenstellung an den Bürgermeister auch abgearbeitet werden. Wenn das hier in der Stadtverordnetenversammlung funktioniert weiterhin, dann können wir eine gute Zusammenarbeit noch vor uns haben. Aber wie gesagt, es kommt auch auf die Stadtverordnetenversammlung an. Danke.“

Stv. Hölzel:

„Mein lieber Bürgermeister Alexander, auch ich bin in dem Zwiespalt, auf der einen Seite der förmlichen Ansprache Bürgermeister Alexander Heppe auf der anderen Seite die freundschaftliche Ansprache lieber Alexander. Auch wir freuen uns, und wenn ich sage wir, dann meine ich tatsächlich die komplette FWG-Mitgliederversammlung, die Fraktion. Die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre bestätigt, dass wir uns auf ein zweites, neues Jahr bzw. Amtsjahr von Dir und mit Dir freuen und wir wissen, dass es einige Ziele, einige Formulierungen gegeben hat für Deine erste Amtszeit, die noch nicht verwirklicht werden konnten noch nicht angegangen worden sind. Umso mehr freut es mich, dass Du die Gelegenheit von den Bürgern erhalten hast, in der zweiten Amtszeit Gas zu geben und sei sicher, dass wir diesbezüglich jede Hilfestellung geben wollen und fordern auch ein, dass wir mit eingebunden werden, dass die Stadtverordnetenversammlung eingebunden wird in alle Überlegungen und in alle Diskussionen, die zum Ziel führen sollen. Darauf freue ich mich. Und nochmal, sei unserer Hilfestellung und guten Zusammenarbeit gewiss.“

Stv. Volkmar:

„Auch von der FDP-Fraktion unseren herzlichsten Glückwunsch. Wie sich Eschwege entwickelt hat, denke ich Mal, das ist positiv, und von daher freut es mich auch, dass wir Sie als neuen Bürgermeister und neuen alten Bürgermeister weiterhin begrüßen können, und wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit und ich denke Mal, die nächsten Jahre werden auch in denselben Bahnen fortgeführt.“

Stv. Gassmann:

„Als kleinste Fraktion, Herr Bürgermeister, auch wir gratulieren Ihnen ganz herzlich zur Wiederwahl und vor allem auch zu dem besonderen Ergebnis, das Sie erreicht haben. Ich denke, dieses starke Ergebnis, dieses ganz kräftige Ergebnis, sollte auch für Sie der Anlass sein, die Interessen der Stadt Eschwege genauso stark nach außen zu vertreten bei allen möglichen Belangen. Dazu wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand und ich wünsche mir weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Danke.“

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates, verehrte Vertreter der Presse, hochverehrte Gäste, bevor ich zu meinem Dank komme, muss ich erst mal die Empfangsbescheinigung bei der Verwaltung abliefern, um diesen Akt rechtskräftig zu machen. Bitteschön.

Ich habe mir auch überlegt, was man sagen könnte und es wäre wahrscheinlich noch mehr zu sagen, als ich heute hier Zeit habe und ich werde es in Anbetracht der sehr, sehr langen Tagesordnung mit wichtigen Punkten versuchen, auf das Wesentliche zu beschränken. Ein Wort wird sich relativ häufig wiederholen, das Wort danke. Und auch, wenn ich es wiederholt in den Mund nehme, es ist jedes Mal aus vollem Herzen und ernst gemeint.

Zunächst einmal danke ich für die eben gefundenen wunderbaren und netten und freundlichen Worte von allen Fraktionen, aber auch für die Worte, die der Erste Stadtrat und Stadtkämmerer Reiner Brill zu der Amtseinführung gefunden hat. An dieser Stelle, sehr geehrter Herr Brill, möchte ich mich auch für die stets sehr gute, vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit bedanken. Wir können uns aufeinander verlassen. Wenn der Eine oder Andere mal verhindert ist, ist die Stadt immer in guten Händen. Und ich freue mich auf die weitere, gute Zusammenarbeit an dieser Stelle.

Dann danke ich natürlich auch den Wählerinnen und Wählern, die es überhaupt möglich gemacht haben, dass ich heute hier stehen kann und diesen für mich doch besonderen Augenblick erleben kann. Es ist ein, es wurde mehrfach gesagt, ein deutliches Votum gewesen. Aber dieses Votum ist auf der einen Seite Freude, auf der anderen Seite aber auch eine absolute Verpflichtung und so, wie ich bereits meinen Amtseid vor sechs Jahren geleistet habe, diesen Schwur, den kann ich noch einmal bekräftigen. Ich werde mit all meiner Kraft für die Interessen dieser Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eintreten. Ein weiteres Dankeschön gilt den Mitbewerbern, die sich in dem Ringen um den Platz des Bürgermeisters, dem Wettbewerb gestellt haben und lieber Jörg, sehr geehrter Herr Gassmann, ich muss sagen, es war unter dem Strich ein sehr guter, ein fairer Wahlkampf. Wir haben eine gute Diskussion hier auch in der Stadthalle geführt. Es war ein faires Ringen miteinander. Und für diesen offenen und guten Austausch möchte ich mich bei Ihnen beiden noch einmal ausdrücklich und herzlich bedanken.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Magistrat, die wir nicht mehr allwöchentlich, aber doch inzwischen alle zwei Wochen und immer wieder dazwischen, wenn es nötig wird, sehr, sehr lange Zeit miteinander verbringen in den Magistratssitzungen, Vorlagen bis in die Tiefe beraten und wo wir uns auch aufeinander verlassen können. Ein Gremium, das nicht nur Kollegialgremium heißt, sondern was sich auch kollegial untereinander verhält, und ich habe diese Arbeitsatmosphäre in den vergangenen Jahren absolut schätzen gelernt, und ich möchte diesen Kollegenkreis nicht mehr missen. Ich bin froh und dankbar, einen solch besetzten Magistrat zu haben, mit wirklich langjähriger Erfahrung, der wirklich aus dem breiten Feld zu guten Kompromissen und zu tollen Entscheidungen geführt

hat. Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die sehr gute Unterstützung an dieser Stelle.

Ich danke allen Stadtverordneten, die hier bereit sind, Verantwortung auch für die Stadt zu tragen. Denn, dass Sie hier sitzen, ist auch nicht selbstverständlich. Auch Sie haben es dem Votum der Wählerinnen und Wähler zu verdanken. Und Sie bringen Ihre Freizeit ein. Sie investieren Ihre Freizeit für das Wohl dieser Stadt. Das was ich und der Erste Stadtrat hauptamtlich machen, machen Sie in unzähligen Sitzungen und abends in Vorbereitungen, in dem Studieren von Vorlagen, wirklich in einer herausragenden Art und Weise. Insbesondere die guten Beratungen und die gute Arbeit der Ausschüsse zeigen, dass das wirklich eine gute Sache ist und ich finde manchmal, dass das, was Sie ehrenamtlich leisten, und das muss man wirklich noch einmal unterstreichen, manchmal in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt wird. Denn Sie sind es dann am Ende auch allzu häufig, die dann von den Bürgerinnen und Bürgern für, ich sage mal, falsch empfundene Entscheidungen die Kritik einstecken müssen. Aber dort wird häufig nicht gesehen, wie viele Stunden und Mühen Sie dort hineingesteckt haben. Ich freue mich, und zwar fraktionsübergreifend, so wie ich es in der Vergangenheit auch gehalten habe, auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen allen und ich sage Ihnen zu, so wie ich es auch in der Vergangenheit gehandhabt habe, sollte es Probleme geben, besondere Herausforderungen, ich stehe immer als Ansprechpartner für Sie zur Verfügung, genauso wie bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist meine Tür jederzeit offen. Ich bin immer nur einen Anruf, eine Whats-App, eine SMS, ein Fax, eine E-Mail weit entfernt, und Sie können jederzeit auf mich zählen.

Ich danke aber auch der Stadtgesellschaft insgesamt, die ich in den vergangenen sechs Jahren in meiner tagtäglichen Arbeit kennenlernen durfte. Ich werde jetzt keine einzelnen Beispiele aufführen, sondern ich werde nur Kategorien nennen. Denn es ist ein unglaublich bunter Strauß, der das Netzwerk dieser Stadt ausmacht. Das sind die Vereine, es sind die Verbände, es sind die Organisationen, es sind die Einrichtungen, es sind die Firmen, es sind die Kirchen, es sind Gewerkschaften, es sind Parteien, die auch mit viel, viel ehrenamtlichem Engagement dafür sorgen, dass dieses soziale Gefüge, diese Stadtgesellschaft, die Eschwege ausmacht, in sich funktioniert. Und wie gut diese Stadtgesellschaft funktioniert, hat sich nach meinem persönlichen Empfinden gestern Abend deutlich gezeigt in der Art und Weise, wie die Diskussion hier in der überfüllten Stadthalle geführt worden ist, als wir die Thematik der Flüchtlinge beraten haben. Ich glaube, diesen guten Geist des konstruktiven Miteinanders, den wir hier durch eine breit vertretene Bürgerschaft spüren, das ist eine gute Basis auch für eine künftige Zusammenarbeit. Und ich nehme dieses Wort selten in den Mund, aber gestern war ich auf die Gesellschaft in dieser Stadt ein Stück weit stolz.

Ich danke denjenigen, mit denen wir Städtepartnerschaft und Patenschaften ausleben dürfen, aber ich danke, und das ist ein ganz besonderer Dank, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause. Und damit meine ich nicht nur das Rathaus als eigenständige Verwaltung, sondern alle Gliederungen, die ganzen Töchter, die verbundenen Unternehmen, das Zentralklärwerk, den Baubetriebshof, die Stadtwerte, die DiaCom, was dort alles noch mit hinzuhängt, die hunderte von Menschen, die wirklich tagtäglich ihre Arbeitskraft dafür einsetzen, dass wir unser Kerngeschäft, und unser Kerngeschäft lautet Daseinsvorsorge, so gut den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren können und machen können, wie wir das wollen. Ich werde nachher im Rahmen des Stellenplanes mit Sicherheit noch einmal darauf zurückkommen. Aber ich glaube, was wir dort in den letzten Jahren auch gemerkt haben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit waren, jederzeit auch Mehrbelastungen zu schultern, weil die gesetzlichen Anforderungen werden nicht weniger, die Standards werden höher, aber das Personalbudget weitet sich nicht automatisch aus, und dass das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgetragen haben mit einem teils kritischen, aber auch zum großen Teil sehr konstruktiven Miteinander auch in der Mitarbeitervertretung, dem Personalrat, dem ich herzlich danken möchte. Das zeigt, dass wir wirklich personell hervorragend aufgestellt sind im Rathaus. Wenn ich an all diese Gesichter, die mir in den letzten Jahren wirklich ans Herz gewachsen sind, denke, dann freue ich mich auf die zukünftige Zusammenarbeit. Und auch hier verwende ich dann mal dieses Wort, was ich zu selten benutze, an der Stelle ganz deutlich, auf das, was dort in den Rathäusern von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet wird, bin ich stolz. Herzliches Dankeschön.

Ich habe es vor sechs Jahren gesagt. Ich verstehe mich auch als Anwalt für Eschwege und ich werde es auch immer so verstehen, dass ich die Interessen dieser Stadt nach außen vertrete und auch nach innen wahrnehme. Ich danke Ihnen allen für Ihre Unterstützung.

Ein allerletzter Dank, der aber dann von ganz besonderem Herzen kommt, geht an meine Familie. An meine Familie, die mich in einem für uns sehr schwierigen Jahr unglaublich unterstützt hat und auf die ich mich immer blind verlassen kann. Insbesondere, sie kann heute nicht hier sein, gilt dieser Dank

auch für meine Frau, die allzu oft an vielen, vielen Abenden auf mich verzichtet. Die auch berufstätig ist, die die Kinder managt und wo ich wirklich sagen kann, wenn ich sie nicht hätte, wenn ich meine Kinder nicht hätte, meine Familie nicht hätte, die einem den Rücken freihalten, die einen unterstützen, die immer da sind, wenn man sie braucht, obwohl man selbst viel zu selten da ist, ohne sie könnte ich einen solchen Beruf, der eben nicht die bei Beamten übliche 42-Stunden-Woche hat, nicht schultern. Ich bin unglaublich gerührt und dankbar für die viele Unterstützung, die ich von so vielen Seiten erfahren habe. Und das soll es an der Stelle auch gewesen sein. Ich freue mich auf die kommenden sechs Jahre. Herzlichen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

120. MAGISTRATSBERICHT

- 1/4 -

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Gäste!

1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung

Bezüglich der Berichtspflicht des Magistrates gegenüber der Stadtverordnetenversammlung sind folgende Punkte zu nennen, Dinge, die wir im Geschäftsgang haben, über die ich hier dann auch berichte:

- **Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Verbesserung der Parksituation an der KiTa „Kleine Strolche“, Beschluss der Stv.-Versammlung vom 07.05.15, Nr. 81**
Hierzu haben wir in dieser Woche in der Magistrats-Sitzung beraten und die Angelegenheit in den Bau- und Planungsausschuss weiter verwiesen, wo sie dann noch einmal erneut beraten werden wird.
- **Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Pflanzung eines Baumes für jedes neugeborene Kind, Beschluss der Stv.-Versammlung vom 18.06.15, Nr. 94**
Diesen Antrag haben wir auch im Magistrat bereits im August abgehandelt und in den Ausschuss für Soziales und Kultur überwiesen. Dort warten wir noch auf eine Terminierung.
- **Antrag der Partei Die Linke betr. Bänke und Spielgeräte in den Einkaufsstraßen, Beschluss der Stv.-Versammlung vom 23.07.15, Nr. 104**
Dort befinden wir uns in der Planung. Im Zusammenhang mit der Planung von Verzahnung [von Werra und Stadt gibt es](#) Vorschläge im Bereich des unteren Stades, dort Bänke und ggfs. mögliche Spielgeräte aufzustellen. Diese Vorschläge werden erarbeitet. Der Fachdienst Immobilienwirtschaft stellt geeignete Geräte zusammen. Gemeinsam mit dem Fachdienst [Stadtplanung](#) wird dieser Plan erarbeitet, in dem über den unteren Stad hinaus Standorte von Bänken und Spielgeräten in den übrigen Einkaufsstraßen vorgeschlagen werden. Wir werden das dann über den Magistrat rechtzeitig in den Ausschuss geben.

2. Einführung von biologisch abbaubaren Hundekotbeuteln auf Eschweger Grünflächen

Aufgrund der relativ hohen Anschaffungskosten wird seitens der Verwaltung in Absprache mit dem BBH vorgeschlagen, im Jahr 2016 zunächst nur die Grünanlage „An den Anlagen“ mit Bio-Beuteln zu bestücken, um Erfahrungen zu sammeln, ob sich die Verwendung der Beutel dann auch bewährt.

3. Sachstandsbericht und mögliche Veräußerung des „Forsthauses Schlierbach“

Normalerweise reden wir nicht über Grundstücksangelegenheiten im Magistratsbericht, aber da es sich um ein prägendes Gebäude handelt, was für viele von uns auch mit Jugenderinnerungen verbunden ist, halte ich das an der Stelle für angebracht.

Seit zwei Jahren versuchen die Erbbauberechtigten, das Gebäude zu veräußern und ggf. eine Nachfolge für den Gastronomiebetrieb zu finden. Mehrere Maklerbüros waren bereits eingeschaltet.

Das vertragliche Erbbaurecht sieht vor, dass bei einer Veräußerung des Gebäudes die Zustimmung der Stadt erforderlich ist und ein finanzieller Anteil entsprechend zu erstatten ist.

Eine Besichtigung des Objektes im August mit dem nunmehr tätigen Maklerbüro hat ergeben, dass das Gebäude inkl. Keller und Dach in einem völlig desolaten Zustand ist. Einzig die Gastronomieräume im Erdgeschoss machen noch einen passablen Eindruck. Die Heizungsanlage wird für das gesamte Haus mit Holz betrieben. In der Außenanlage aufgestellte Sonnenkollektoren – vermutlich zur Warmwasseraufbereitung – sind nicht mehr funktionsfähig, Müll und andere Schrott-, Baumaterialien müssen kostenpflichtig entsorgt werden. Die gesamte obere Etage müsste „kernsaniert“ werden. Der Schornstein ist versotet und nicht richtig eingedichtet. Die Kellerräume sind feucht, Wasser dringt ein. Also dieses Gebäude ist eine absolute Herausforderung.

Und es gibt aber nun dennoch, zum Glück, so hat es der Magistrat gesehen, einen Interessenten, der ggf. die Herrichtung des Objektes plant. Er möchte allerdings nicht in das Erbbaurecht eintreten und er möchte das dann auch erwerben. Deswegen haben wir gesagt, seitens des Magistrates wird der Verkauf des „Forsthauses Schlierbach“ sowie dann die Aufhebung des Erbbaurechts befürwortet. Allerdings, weil es eben auch ein Schlüsselgrundstück ist und an einem Weg liegt, behalten wir uns noch ein Vorkaufsrecht vor.

In diesem Zusammenhang geht der Parkplatz an der L 3300 zwischen Oberdünz bach und dem Abzweig K 49 in der unmittelbaren Nachbarschaft, der bisher als Landesstraße eingestuft und demgemäß im Eigentum des Landes Hessen war, unentgeltlich in das Eigentum der Stadt über. Er wird auch zur Kostenlast des Landes zurückgebaut und rekultiviert. Es hat eine Absprache gegeben mit dem Ortsbeirat.

Der Parkplatz befindet sich in einem vernachlässigten und verwilderten Zustand, ist schwer einzusehen, und dort gab es immer wieder illegale Müllablagerungen. Er wird wenig nachgefragt und weil dann auch die Kosten für die Rekultivierung von Hessen Mobil übernommen werden und auch die erforderlichen Genehmigungen naturschutzrechtlicher Art von Hessen Mobil eingeholt werden und sämtliche Kosten auch dort getragen werden, haben wir dann zugestimmt, dass dieser Parkplatz ans uns übergeht, eingezogen und rekultiviert wird.

4. Verteilung der Sportfördermittel

Die Sitzung der Sportkommission hat in diesem Jahr am 7. Oktober stattgefunden. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Verteilung der Sportfördermittel 2015.

Nach den Richtlinien für die Verteilung von Sportfördermitteln der Kreisstadt Eschwege sollen besonders die Vereine mit aktiver Jugendarbeit, Vereine mit erheblichen Unterhaltungs- bzw. Nutzungskosten für selbstgenutzte Sportanlagen sowie die Vereine, die weite Fahrten zur Durchführung ihres Wettkampfbetriebes auf sich nehmen müssen, gefördert werden.

Es werden Zuschüsse an insgesamt 26 antragstellende Vereine in der Sportkommissionssitzung im Detail erörtert und beraten.

Der Magistrat ist der Empfehlung der Kommission gefolgt und hat insgesamt der Verteilung von 30.000 € zugestimmt.

An der Stelle möchte ich mich herzlich bei dem Stadtrat Diegel bedanken, der als Vorsitzender der Sportkommission diesen Beschluss jedes Jahr aufs Neue für den Magistrat entsprechend vorbereitet und auch darüber hinaus sehr eng und vertrauensvoll mit den Sportvereinen hier zusammenarbeitet. Ich glaube, das ist eine gut geführte und gute Kommission. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz.

5. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat den Auftrag für die Beschaffung einer Einbruchmeldeanlage im Leasingverfahren auf dem Zentralklärwerk in Höhe von 32.973,63 € vergeben.

Wie ich heute auch noch erfahren habe, ist auch die Anregung der Stv. Petra Strauß hinsichtlich der Mauer entlang der Niederhoner Straße in der Umsetzung. Der BBH ist heute bei Ausbesserungsarbeiten gesichtet worden.

Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Bürgermeister. Wird zum Magistratsbericht das Wort gewünscht?“

Stv. Wenderoth:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war beim letzten Mal leider nicht dabei in der letzten Sitzung, deswegen konnte ich aus der Presse nur die Anregung von Herrn Hölzel entnehmen, die da mit „Bio-Bello-Gassisäckel“ betitelt wurde und erfahre jetzt, dass der Magistrat ernsthaft erwägt, diese Anregung umzusetzen. Ich bitte Sie, so lustig das Thema klingt, der Ernsthaftigkeit doch mal einen Moment zu lauschen. Es gibt da sowohl rechtliche als auch fachliche Bedenken, die ich gerne vortragen möchte. Wir alle wissen um das Problem dieser Hundehinterlassenschaften. Es wird seit Jahren, und das ist richtig so, mit Tüten dafür gesorgt, dass die Hundebesitzer ihrer Verpflichtung nachkommen können und unsere Eschweger Abfallsatzung regelt, dass diese Hinterlassenschaften dann in den öffentlichen Papierkörben, so sie denn da sind, zu hinterlassen sind. Die Abfallberatung des Werra-Meißner-Kreises hat vor wenigen Monaten klar gemacht und dazu auch eine Kampagne ins Leben gerufen, dass diese Hinterlassenschaften kein Bioabfall sind. Also diese Dinge gehören nicht in die Biotonne, sondern die sind Restmüll. Ganz klar. Und die Säcke natürlich, in die die reinkommen, diese Beutel aus Kunststoff, die gehören dann auch mit in den Restmüll. Jetzt hat Herr Hölzel angeregt, nach österreichischem Vorbild, das Ganze mit solchen kompostierbaren Tüten zu machen. Es wird der Ausdruck gebraucht „biologisch abbaubar“. Das ist irreführend. Diese Tüten sind ausschließlich dafür gedacht, Bioabfall zu kompostieren und zwar in professionellen Kompostanlagen. Kein Mensch wird diese Dinger mit kompostierbaren Abfällen füllen und auf seinen Heimkompost tun, denn dort verrotten die nicht. Es gibt eine Regelung, die besagt, das muss innerhalb von 12 Wochen zu 90 % abgebaut sein in einer industriellen Kompostierung. Dann sind die Dinger zugelassen. Darüber gibt es auch eine Güterrichtlinie. Und wenn das passiert, dann geht das. Wenn Sie

die einfach so in die Landschaft werfen, dann verrotten die genauso wenig, wie jeder Plastikbeutel. Das Signal an die Bürgerinnen und Bürger zu senden, wenn ihr nur so einen Bio-Hundebeutel benutzt, dann könnt ihr die Hundekacke irgendwo hinwerfen und das wird schon verrotten, ist falsch. Das funktioniert nicht. Es gibt, wie gesagt, diese Regelung. Möglicherweise ist es in Österreich anders. Das weiß ich nicht. Österreich ist übrigens auch nicht Mitglied dieser Gütegemeinschaft, die diese Dinge machen. Polen unter anderem ja, Skandinavien, Holland, Deutschland, aber Österreich ausdrücklich nicht. Deswegen meine Bitte, das bei dem zu belassen, bei dem es ist. Ich habe auch mit den Kolleginnen und Kollegen vom Baubetriebshof gesprochen. Von der Kostenseite her gibt man im Moment jährlich 1.500 € für diese Aktion mit den normalen Tüten aus. Das ist richtig, das ist wichtig, das soll auch weiter so passieren. Würde man das umstellen auf so Bio-Dinger, würde das das zehnfache kosten, also 15.000 €, und da hört die Lächerlichkeit auf, weil das wirklich richtig teuer ist, das zu besorgen. Deswegen meine Bitte an den Magistrat, diese Entscheidung doch noch einmal zu überdenken, ob man dieses Modellprojekt nicht einfach vergisst und sagt, bevor man der Öffentlichkeit etwas vorgaukelt, ich sage es jetzt wirklich mal so, dass man dort eine Bio-Nutzung machen könnte, die tatsächlich gar nicht stattfindet, sollte man das doch noch einmal überdenken. Also nichts für ungut, Herr Hölzel. Es ist einfach nur die fachliche Anregung hierzu. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Stv. Hölzel:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrter Magistrat, hallo Herr Wenderoth, das, was Sie dort als Bio-Säckel in der Hand haben, ist nicht das, was ich mitgebracht habe und es ist nicht das, worüber sich der Magistrat und der Baubetriebshof mit dem Hersteller dieser „Bio-Bello-Gassisäckel“, die ich mitgebracht habe, verständigt hat. Die, die ich mitgebracht habe, sind aus Stärke, zu 100 % abbaubar und es war von meiner Seite aus nicht gedacht, dass die Hundebesitzer den Hundekot mit diesen Tüten aufnehmen und in die Umwelt werfen, sondern natürlich in den Müll geben. Aber ich ärgere mich tagein tagaus seit Jahren, wir alle, ruft der Stadtverordnetenvorsteher, über den Vandalismus, sage ich jetzt einfach mal, derer, die die Tüten aus den Spendern rausnehmen und einfach fallen lassen, die durch Wind verweht dann in die Umwelt gelangen und dann, und das sage ich Ihnen, im Cyriakusbach, in der Werra, im Schwanenteich landen, ohne dass sich dort jemand darum kümmert. Und auch ich sehe zu, wie bedauerlicherweise solche Tüten auf dem Boden liegen, auf dem Rasen liegen an den Anlagen, am Cyriakusbach, am Schwanenteich, wo auch immer. Unbenutzte, die dort einfach liegen, keiner hebt sie auf, sondern irgendwann wird darüber gemäht und viele kleine Schnip-sel liegen da herum, werden vom Wind verweht und kommen in unser Wasser und in unsere Natur. Diese Kunststoffbeutel lassen sich eben nicht mehr abbauen. Darüber sind wir uns einig. Diese lassen sich nicht abbauen und daher war, nachdem ich mich nun in Österreich mit einigen Vertretern dort unterhalten habe, für mich die Anregung, hier in der Stadtverordnetenversammlung abzugeben, inwieweit wir dieses nicht auch einführen sollen. Ich bitte daher doch noch mal, dass wir uns weiter informieren und dass wir diesen Test, diesen Versuch, der an den Anlagen geplant ist, durchführen. Und wenn Sie jetzt die Kosten anführen, auch diese sind im Magistrat, so wie wir lesen konnten, durchaus angeführt worden. Ich kann Ihnen sagen, die Stadt Eschwege nimmt pro Jahr 94.000 € Hundesteuer ein. Da wollen Sie 1.500 € für diesen Testversucht streitig machen? Ich halte das eher für lächerlich. Diese Tüten, die ich mitgebracht habe, sind meines Erachtens ein Beitrag dafür, dass wir sensibel mit unserer Umwelt umgehen und dass wir dem Plastiktütenverbot in unserer Umwelt durchaus mit solchen Tüten begegnen können, und zwar wirksam. Und deswegen, weil ich davon überzeugt war, hatte ich es eben angesprochen und war dem Magistrat dankbar für diesen Testversuch. Über die Kosten habe ich jetzt genug gesagt, und es wäre schön, wenn wir diesen Testversuch trotz ihrer Kritik und Anmerkung fortführen könnten. Vielen Dank.“

Bgm. Heppe:

„Wir befinden uns ja noch beim Tagesordnungspunkt 2 von insgesamt 14. Dennoch muss ich an der Stelle nochmal zur Sitzungsverlängerung beitragen. Ich gehe jetzt nicht auf die „Bio-Bello-Gassisäckel-Problematik“ ein, sondern muss noch eine Ergänzung vornehmen, die ich eben, Asche auf mein Haupt, vergessen hatte, zu erwähnen. Als auch zukünftiger Vorsitzender des Magistrates ist das ja hier mein Punkt, der Magistratsbericht. Ich möchte, sofern Sie es schaffen, diese 14 Tagesord-

nungspunkte durchzusitzen und abzuhandeln, Sie im Anschluss gerne auf ein Getränk nach Wunsch drüben dann bei Bennings einladen. Das wollte ich Ihnen nicht schuldig geblieben sein an der Stelle. Herzlichen Dank.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Hölzel, ich will jetzt auch nicht weiter zur Verlängerung der Sitzung unbedingt beitragen. Ich muss aber doch noch einmal zumindest eine Sache kurz richtigstellen. Bei den Beuteln handelt es sich immer um das gleiche Prinzip. Diese Beutel werden aus Mais hergestellt. Es gibt unterschiedliche Hersteller, aber es ist immer das gleiche Prinzip. Auch das Prinzip des Verrottens ist immer das gleiche an der Stelle. Und diese Beutel sind so gestaltet, dass sie sich tatsächlich nur in einer Kompostanlage unter der entsprechenden Hitzeentwicklung der Kompostanlage zersetzen. Also, auch wenn Sie das zu Hause auf den Kompost schmeißen, das hat Herr Wenderoth ja eben gesagt, zersetzen die sich nicht. Die zersetzen sich auch nicht, wenn die unter dem Rasenmäher in Fetzen zerschnitten werden usw. Es ist immer das gleiche Problem. Sie zersetzen sich nur in einer dementsprechenden Kompostanlage. Wenn nun also der Hundekot, es ist immer schwierig, sich über solche Themen auseinanderzusetzen, tatsächlich nicht in den Biomüll kann, sondern in den Restmüll muss, das ist nun mal so, dann machen diese Beutel eigentlich keinen Sinn. Deshalb bitten wir den Magistrat, darüber einfach nochmal nachzudenken. Wenn Sie da andere Informationen haben, dann können Sie die ja auch noch einmal beitragen. Aber das ist der Punkt, an dem wir gesagt haben, das müsste vielleicht noch einmal geklärt werden. Danke.“

Stv.-V. Montag:

„Ich weiß, dass der weise Magistrat dazu einen weisen Beschluss fassen wird und sich nochmal mit der Sache beschäftigt. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Magistratsbericht?“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Montag:

„Dann schließe ich den Tagesordnungspunkt 2 und bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich Sie schon einmal darauf hinweisen, dass ich nach dem Tagesordnungspunkt 8, weil wir heute ja länger zusammensitzen werden, eine kleine Pause machen möchte. Da können Sie sich schon einmal einen Strich hinziehen, und wir gehen dann die anderen Tagesordnungspunkte an. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3.“

121.1 FESTSTELLUNG DES ENTWURFS DER HAUSHALTSSATZUNG MIT HAUSHALTSPLAN FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2016

- 21 -

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Montag, Sie können sicher sein, der weise Magistrat wird das Thema noch einmal aufgreifen. Wir werden es intensiv diskutieren und zu bahnbrechenden Entscheidungen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, ein paar Folien vorzubereiten, damit Sie das Zahlenwerk und auch die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen für den Haushalt 2015 besser zur Kenntnis nehmen können und auch besser nachvollziehen können. Wie sich mein Vortrag gliedert, das können Sie der ersten Folie hier entnehmen. Ich gehe zunächst mal ganz kurz auf die Entwicklung der städtischen Finanzen in den vergangenen Jahren ein. Dann werde ich den Ergebnishaushalt vorstellen mit den entsprechenden Schwerpunkten, den Finanzhaushalt mit den entsprechenden Schwerpunkten, Schuldenstand und am Schluss dann zu einem Fazit auch kommen.

Sie können dieser ersten Grafik, meine sehr verehrten Damen und Herren, entnehmen, dass wir seit der Einführung der Doppik im Jahr 2007 keinen Haushalt mehr einbringen konnten, der sich im ordentlichen Ergebnis positiv gestaltet hat. Im Gegenteil, Sie sehen es, lauter negative Ergebnisse. Mein erster Haushalt, den ich eingebracht habe im Jahr 2011, hatte ein ordentliches negatives Ergebnis von fast 5,4 Mio. €. Der zweiten Folie können Sie entnehmen, und das ist dann in Rot dargestellt, wie das tatsächliche Ist dann gewesen ist, und das sah nicht viel besser aus, im Laufe des Haushaltsvollzugs haben sich die Zahlen zwar verbessert, dennoch haben wir es auch nicht geschafft, in den Jahren 2007 bis zum Jahr 2015 ordentlich abzuschließen. Das betrifft im Übrigen dann auch die Jahre 2014 und 2015 noch, weil wir zwar auch dort eine Ergebnisverbesserung haben werden, aber am Ende des Jahres, wenn der Jahresabschluss festgestellt ist, dann nach wie vor defizitär sein werden. Alle Ergebnisse bisher defizitär. In der Summe, meine Damen und Herren, belaufen sich die geprüften Jahresabschlüsse im ordentlichen Ergebnis bis 2013 auf ein Defizit von über 16 Mio. €. Dem stehen ordentliche Erträge von gut 3 Mio. € gegenüber. Das betrifft die geprüften Jahresabschlüsse. 2013 ist inzwischen von uns abgeschlossen aber noch nicht geprüft. Sie wissen, dass wir die aufgelaufenen Fehlbeträge, wir haben im Finanzausschuss öfters darüber gesprochen, irgendwann gegen unser Eigenkapital buchen werden, und das wird unser Eigenkapital dementsprechend dann auch vermindern. Ich werde bei der Vorstellung des Haushaltssicherungskonzeptes daher noch einmal darauf zu sprechen kommen.

Und heute, meine Damen und Herren, ist zumindest aus der Sicht eines Stadtkämmerers schon ein ganz besonderer Tag für die Kreisstadt Eschwege, weil wir heute einen Haushalt einbringen der im ordentlichen Ergebnis, Sie sehen hier, ein Plus von knapp 500.000 € aufweisen wird. Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit schließt mit einem positiven Ergebnis von 2,7 Mio. € ab. Das heißt also, wir werden unsere laufenden Zahlungsverpflichtungen auch tatsächlich durch unsere Einnahmen decken können. Wir erwirtschaften komplett, und das haben wir auch noch nicht geschafft, unsere Tilgung in Höhe von 2,4 Mio. €. Wir haben dann eine, ich sage das einmal so, sogenannte freie Spitze von rd. 300.000 €, die unsere rechnerische Kreditaufnahme entsprechend dann auch verringert.

Spannende Frage, meine Damen und Herren, wie haben wir es geschafft, dass wir 2016 einen Haushalt einbringen können, der nicht mehr defizitär ist, der konsolidiert ist? Was hat dazu geführt? Ich denke, es ist im Wesentlichen auf drei wichtige Entwicklungen zurückzuführen. Die erste Entwicklung ist zweifelsohne, natürlich haben wir auch in der Kreisstadt Eschwege von der guten Konjunktur in den vergangenen Jahren auch partizipiert. Wir haben relativ gute Steuereinnahmen gehabt, und das zeigen sowohl hier die Grafiken bei der Gewerbesteuer als auch bei der Einkommenssteuer. Für 2016, darauf komme ich nachher noch einmal zu sprechen, stellt sich das im Übrigen schon wieder anders dar. Da sehen Sie auch, wie fragil das ganze Gebäude ist. Wir haben von der guten Konjunktur profitiert. Wir haben aber auch richtige Entscheidungen getroffen. Wir haben, ich darf daran erinnern, in 2012 und in

2014 die Hebesätze erhöht, unter anderem bei der Gewerbesteuer, was in den Folgejahren natürlich zu deutlichen Mehrerträgen geführt hat.

Der zweite Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist einer, der uns über die Jahre hinweg, solange ich Politik mache in der Kreisstadt Eschwege, also auch ehrenamtlich, immer wieder beschäftigt hat, das ist das Thema kommunaler Finanzausgleich. Und beim kommunalen Finanzausgleich ist es tatsächlich so, das hat sich auch angedeutet bei der Mini-KFA-Reform der vergangenen Jahre, so will ich es einmal nennen, dass tatsächlich insbesondere die Mittelzentren im ländlichen Raum finanziell besser ausgestattet werden. Sie sehen das hier im Vergleich KFA alt/KFA neu 2016. Das heißt, die Schlüsselzuweisungen steigen bei uns um gut 2,5 Mio. €, wenn man KFA alt und neu vergleicht. Uns belastet die Kreis- und Schulumlage natürlich deutlich mehr mit über 1 Mio. €. Sie wissen, das sind kommunizierende Röhren, haben wir mehr Schlüsselzuweisungen, haben wir entsprechend auch mehr an den Werra-Meißner-Kreis an Kreisschulumlage abzuführen, wenn die gleich bleibt. Die Kompensationsumlage ist im KFA neu weggefallen. Das heißt hier, eine Entlastung um 375.000 €. Die besonderen Finanzaufweisungen sind weniger geworden, 175.000 €, bleiben aber netto 1,7 Mio. €, die wir über den KFA jetzt, wenn man alt und neu vergleicht, dann mehr erhalten. Das sind zwei Punkte.

Ich komme zum dritten Punkt. Und der ist mir ganz besonders wichtig, weil er wesentlich auch auf Entscheidungen zurückgeht, die wir hier in der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam vor vielen Jahren getroffen haben. Ich meine mit drittens, ich habe das mal für mich so definiert, unseren guten Matchplan, den wir in 2010, Sie erinnern sich, ich habe gesagt 5,4 Mio. € im eingebrachten Haushalt 2011, verabschiedet haben, der wesentlich zur Konsolidierung der städtischen Finanzen beigetragen hat. Diese eine Grafik macht das hier schon deutlich. Sie sehen, von 2011 bis 2015, dass wir unsere große Aufwandsposition, nämlich Personal- und Versorgungsaufwand, Sach- und Dienstleistungen und auch die Abschreibungen deutlich begrenzt haben. Die sind nicht mehr gewachsen, trotz erheblicher Mehrbelastungen, beispielsweise durch tarifliche Steigerungen. Wir haben klare Vorgaben im Jahr 2010 mit der Aufstellung unseres Haushaltssicherungskonzeptes gemacht. Seitdem steuern wir da sehr konsequent und haben die Aufwendungen auch deutlich zurückfahren können. Das gilt auch für andere Steuerarten. Die Hundesteuer ist vorher ja angesprochen worden, die macht da nur einen kleinen Teilbetrag aus. Im Übrigen, vielleicht nur mal am Rande, die Hundesteuer ist nicht damit verbunden. Sie hat eine lenkende Funktion. Sie ist nicht damit verbunden, dass man dann den Hundebesitzern irgendwelche Beutel zur Verfügung stellt. Nur mal so am Rande, Klammer zu. Wichtig ist auch, wir haben insbesondere die Grundsteuer auch angepackt, meine Damen und Herren, wichtige Stellschraube, um unsere Erträge auch zu steigern und damit die Einnahmesituation deutlich verbessert. In dem Zusammenhang Matchplan weise ich darauf hin, wir haben in 2010 Entwicklungsziele für die Kreisstadt Eschwege definiert. Das war sozusagen bei meiner Antrittsrede. Dort haben wir uns damals darauf geeinigt, diese Entwicklungsziele zu definieren und nach diesen Zielen auch den Haushalt entsprechend zu steuern. Das haben wir konsequent gemacht und haben unsere begrenzten personellen und auch finanziellen Ressourcen, die wir haben, so eingesetzt, dass wir sie bewusst dort einsetzen, wo sie am meisten Wirkung für die Entwicklung der Kreisstadt Eschwege entfalten. Und das letztendlich führt dazu, dass wir aus meiner Sicht unsere drei zentralen Ziele auch tatsächlich erreichen, nämlich auf der einen Seite nach wie vor in die Zukunft unserer Stadt zu investieren, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und drittens die Finanzen auch zu ordnen.

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Haushalt 2016. Die erste Grafik zeigt Ihnen die ordentlichen Erträge und das wird sich jetzt durchziehen. Ich weise immer hin auf die Zahlen 2015 Ansatz und 2016 im Ansatz. 2016 ist dann immer rot, 2015 sind die blauen Balken. Sie sehen, in der Summe belaufen sich die ordentlichen Erträge auf rund 42,7 Mio. €. Dem stehen ordentliche Aufwendungen von rd. 41,6 Mio. € gegenüber. Das Finanzergebnis weist im Saldo einen Fehlbetrag von etwas über 620.000 € aus, so dass wir dann im Endeffekt ein ordentliches Ergebnis von knapp 500.000 €, also 496.000 € haben werden. Wenn man zum ordentlichen Ergebnis dann noch das außerordentliche Ergebnis, das mit knapp 25.000 € abschließt, dazu addiert, dann sind wir bei einem Jahresergebnis von 520.000 €, etwas mehr, fast 521.000 €.

Wie gestalten sich, meine Damen und Herren, die wichtigsten Ertragspositionen? Bei der Einkommenssteuer gehen wir davon aus, dass sie auf knapp 6,6 Mio. € steigen werden. Wir haben uns da an den Orientierungsdaten des Landes orientiert. Das sieht einen Zuwachs bei dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer von 4 % vor. Das sind in der Regel valide Daten gewesen, in den vergangenen Jahren. Unsere Einkommenssteuer ist tatsächlich immer gestiegen. Wenn Sie die neuesten Prognosen

gehört haben, die Gutachten heute gehört haben, dann wissen Sie, man rechnet weiterhin mit einem entsprechenden Wirtschaftswachstum. Bei der Umsatzsteuer bewegen wir uns ungefähr auf dem gleichen Niveau wie im letzten Jahr. Spannend, meine Damen und Herren, wird es bei der Gewerbesteuer. Wir haben in der letzten Woche unserer Abfrage bei den zehn größten Gewerbesteuerzahlern abgeschlossen gehabt. Da hatten wir eigentlich schon einmal die Haushaltssatzung im Magistrat verabschiedet gehabt. Da habe ich gesagt, stopp, halt, zurück. Wir müssen sie noch einmal korrigieren. Sie sehen hier, wir haben die Erwartung von 6,2 Mio. € im letzten auf 5,7 Mio. € im kommenden Jahr gesenkt, weil wir bei zwei, drei großen Gewerbesteuerzahlern damit rechnen können, nach den Abfrage, die wir gemacht haben, dass die Gewerbesteuer im nächsten Jahr deutlich geringer ausfallen wird. Ich hatte bei der Einbringung im Magistrat schon 100.000 € zurückgenommen gehabt. Jetzt, meine Damen und Herren, sind es sogar gegenüber dem vergangenen Jahr 500.000 € weniger an Gewerbesteuern. Bei der Umsatzsteuer, habe ich gesagt, Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, da wären wir durch. Bei den Schlüsselzuweisungen, den Grundsteuern und den Sonderposten, meine sehr verehrten Damen und Herren, rechnen wir bei den Schlüsselzuweisungen, das wird Sie jetzt nicht überraschen, mit einem Plus von 3,1 Mio. €. Da steckt ja im Wesentlichen der KFA dann auch dahinter. Bei der Grundsteuer A und B bleiben die Hebesätze, so wie sie sind. Die Einnahmen mit rd. 3 Mio. € sind wie im vergangenen Jahr geplant.

Das Gleiche gilt für die Sonderposten, also die Gegenpositionen zu den Aufwendungen für die Abschreibungen mit rd. 2,5 Mio. €. Bei der Konzessionsabgabe der Stadtwerke, eine weitere größere Position, haben wir 70.000 € weniger eingeplant, als im vergangenen Jahr. Der Grund ist ganz einfach. Deutlich sinkende Energieverbräuche, sowohl im Strombereich als auch beispielsweise im Wasserbereich. Dem haben wir Rechnung getragen. Gewinnabführung der Stadtwerke, so wie im letzten Jahr, mit 325.000 €. Dazu kommt die Avalprovision für die Bürgschaft, die wir in der letzten oder in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen haben mit 140.000 €. Zur Situation bei den Stadtwerken muss man nochmal sagen, die ist sehr stabil, die wirtschaftliche Situation, obwohl zusätzliche Aufgaben übernommen worden sind. Sie erinnern sich an die kontroverse Diskussion um das Multifunktionsbecken, die Investitionen in die Windenergieanlagen, die ja auch einen deutlichen Aufwand für die Stadtwerke darstellen. Trotzdem gehen wir davon aus, dass wieder 325.000 € an Gewinnabführung möglich sein werden. Bleibt noch der BBH. Erfreulich, das erste Mal wieder mit 130.000 € als Gewinnabführung dabei. Das heißt, das entspricht der Eigenkapitalverzinsung. Die haben wir das letzte Mal im Jahr 2013 realisieren können. Ich weise deswegen darauf hin, meine Damen und Herren, weil wir konzernintern da auch gut gesteuert haben. Aufträge, auch im investiven Bereich, gehen inzwischen an den Baubetriebshof, und die machen die Arbeit da wirklich gut. Der BBH hat zuletzt die Bodenplatte bei der Kita „Kleine Strolche“ beispielsweise selbst gemacht. Auch die Stadtwerke vergeben Aufträge an den BBH, und damit sichern wir auch die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen beim BBH und dann ist es umso erfreulicher, wenn die Mindestausschüttung da an der Stelle auch wieder erwirtschaftet wird.

Damit bin ich mit der Ertragsseite auch schon durch und komme zur Aufwandsseite, meine Damen und Herren. Bei den ordentlichen Aufwendungen, ich habe es vorher gesagt, in der Summe 41,5 Mio. €. Bei den Personalaufwendungen haben wir im Prinzip wie im vergangenen Jahr rund 6,7 Mio. € geplant. Wir schaffen das natürlich nur, und ich erinnere nochmal an die Grafik, die ich am Anfang gezeigt habe, Entwicklung der Personalkosten, der Versorgungsaufwendungen in den letzten Jahren, dadurch, dass wir auch eine sehr restriktive Personalpolitik in den vergangenen Jahren gefahren haben. Wir prüfen bei jeder Stellenbesetzung, ob die Stelle tatsächlich wieder besetzt werden muss, ob die Aufgaben noch weiter wahrgenommen werden müssen, ob wir auf Leistungen verzichten könnten, wie wir unser Personal auch effizienter einsetzen können. Im Stellenplan, der Bürgermeister wird gleich darauf eingehen, sind es 134 Stellen für nächstes Jahr. Damit bauen wir wieder eine Stelle ab. Aber wir haben von den 134 Stellen auch nur 124 tatsächlich besetzt. Wir gehen davon aus, dass wir in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 noch weitere Stellen, fünf bis sechs, auch einsparen können werden und, ich sage das mit aller Deutlichkeit, auch müssen. Das heißt in der Konsequenz auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Politik, ich sage mal so, wie bisher auch, sehr deutlich unterscheiden muss zwischen dem was wünschenswert und was notwendig ist. Wir können bei rückläufigen Personalressourcen nicht immer mehr an Leistungen erwarten von den Kolleginnen und Kollegen. Das funktioniert nicht. Und Sie sehen an den Zahlen auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung natürlich auch ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung tatsächlich geleistet haben. Bei den Versorgungsaufwendungen, meine Damen und Herren, sehen Sie, gibt es auch kaum Unterschiede. Die bleiben fast auf dem gleichen Niveau wie im letzten Jahr.

Damit bin ich bei den Sach- und Dienstleistungen und den Abschreibungen. Bei den Sach- und Dienstleistungen, meine Damen und Herren, können Sie sehen, sie steigen deutlich an. Nämlich, wir haben 350.000 € draufgesattelt und sie belaufen sich jetzt von den Planungen auf knapp 8,9 Mio. €. Dieser Aufwand, meine Damen und Herren, der ist aus meiner Sicht vertretbar. Wir haben draufgesattelt für die Instandhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen ganz deutlich. Wir haben draufgesattelt für die Straßenreinigung und den Winterdienst, für die Gebäudewirtschaft und Gebäudeunterhaltung, und wir nehmen nochmal zusätzliches Geld für den Werratalsee in die Hand. Damit unterhalten wir, sichern wir unser städtisches Anlagevermögen, meine Damen und Herren, und wir erbringen wichtige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Sie werden bei den Haushaltsberatungen feststellen, dass wir ansonsten bei den Sach- und Dienstleistungen die Ziele, die wir uns gesetzt haben, dass wir da auch konsequent daran festhalten, nämlich sie auf das Notwendige auch zu begrenzen. Die Abschreibungen belaufen sich mit knapp 5 Mio. €, meine Damen und Herren, fast auf dem Niveau des vorigen Jahres. Wie sie sich aufteilen zwischen Abschreibungen allgemeiner Haushalt und dem Abwasser, das sehen Sie bei den Grafiken. Unter dem Strich, wenn man die Sonderposten gegenrechnet, liegen die Abschreibungen bei 2,4 Mio. € netto. Mit diesen 2,4 Mio. € belasten dann die Abschreibungen tatsächlich unseren Haushalt.

Damit komme ich, meine Damen und Herren zu der großen Position der Zuschüsse und der Zuwendungen. Insgesamt, meine Damen und Herren, belaufen sich die Zuschüsse und Zuwendungen auf knapp 4,2 Mio. € im kommenden Jahr und steigen damit deutlich an. Das sind über 600.000 € mehr als im vergangenen Jahr. Und die Auflösung des Rätsels, wo kommt das her, sehen Sie da in der Grafik schon. Von diesen 4,2 Mio. € entfallen allein 2,8 Mio. € auf die Betriebs- und Unterhaltungskosten der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft. Sie wissen, wir haben neun in freier Trägerschaft. Damit erhöht sich der Zuschussbedarf dort um fast 600.000 €. Das sind die Kindertagesstätten, die Betreuungsangebote an Grundschulen und für Kindertagespflege. Die beiden letzten Dinge sind eine vernachlässigbare Größenordnung. Die Steigerung ist insbesondere auf die Kindertageseinrichtungen zurückzuführen. Gründe hierfür sind zum einen, wir haben zwei zusätzliche Krippengruppen ans Netz gebracht, das wissen Sie, und zweitens vor allen Dingen aber auch, dass viele Eltern sehr lange Betreuungsmodulen wählen. Mit den sehr langen Betreuungsmodulen sind nach den Bestimmungen des Hessischen KiföG auch deutlich höhere Personal- und Fachkraftstunden verbunden. Wir haben mal ausgerechnet. Wir haben im nächsten Jahr nach den bisherigen Planungen über 600 zusätzliche Fachkraftstunden in den Einrichtungen inklusive der Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf. Das sind Steigerungen bei den Personalkapazitäten bei den freien Trägern von 25 %. Wie wir auf Dauer mit diesen Steigerungen umgehen, und das zieht sich ja durch die vergangenen Jahre hinweg, ich glaube, das wird eine spannende Diskussion im nächsten Jahr werden. Ich denke, wir sind uns einig, gute Bildung von Anfang an. Das ist der Schlüssel, um sozial zu integrieren, um schulisch zu integrieren, um dann auch beruflich integrieren zu können. Das kostet sehr viel Geld, wenn man qualitativ gute Plätze haben will, dann muss man auch Geld in die Hand nehmen. Aber ich bin schon der Meinung, da muss man auch nochmal gucken, wie wir da von Land und Bund perspektivisch auch unterstützt werden können. Weil das ist ja nicht nur ein Problem der Kreisstadt Eschwege, sondern alle Kommunen „stöhnen“ unter den ständig wachsenden Betriebskostenzuschüssen für die Kindertageseinrichtungen. Für die anderen Bereiche, die klassischen Bereiche, sage ich jetzt mal, Zuschüsse für ÖPNV, Wirtschaft, Tourismus, Soziales, Kultur und Sport, die bewegen sich mit 1 Mio. € ungefähr in der gleichen Größenordnung wie im letzten Jahr. Für den ÖPNV, das ist Stadtbuss, und das ist der Zuschuss für den Nahverkehr Werra-Meißner, wieder 335.000 €. Das ist im Übrigen auch sehr erfreulich, dass wir da die Kosten in Kooperation natürlich mit den Aufsichtsgremien des Nahverkehrsverbundes auch an der Stelle konstant halten können. Förderung von Wirtschaft und Tourismus 387.000 €. Wir haben eingeplant dabei auch die Beträge für die WFG des Kreises und die für die Tourismusmarketinggesellschaft des Kreises. Das sind rd. 60.000 €. Ob der Werra-Meißner-Kreis uns davon entlastet, wie im vergangenen Jahr, kann ich nicht sagen. Der Haushalt wird, glaube ich, am Freitag eingebracht. Diesmal sind wir früher als der Kreis. Dann müssen wir gucken. Gegebenenfalls kriegen wir da noch eine kleine Entlastung. In dem Bereich Familie und Soziales haben wir für die Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände wieder über 230.000 € eingeplant. Das ist ein deutliches Plus. Das Plus kommt daher, dass wir uns im Magistrat auch einig gewesen sind. Ich habe gesagt, wir nehmen 15.000 € zusätzlich erstmal in den Haushalt, um ehrenamtliches Engagement, insbesondere im Bereich der Flüchtlingshilfe, auch unterstützen und fördern zu können. Last but not least 117.000 € für die Förderung von Kultur, Heimatpflege und Sport. Wirklich ganz klassische kommunale freiwillige Leistungen. Da stecken auch die Sportfördermittel drin, über die vorher berichtet worden ist.

Ich will, meine Damen und Herren, gerne auch wieder darauf hinweisen, dass wir mit diesen freiwilligen Leistungen natürlich auch einen deutlichen Beitrag dafür leisten, dass die Lebensqualität in unserer Kommune auf dem Niveau gehalten werden kann, das wir erreicht haben. An der einen oder anderen Stelle satteln wir auch drauf. Mit diesen freiwilligen Leistungen, gerade bei den sozialen Trägern, um nur mal ein Beispiel zu nennen, der Soziale Stadtteilladen auf dem Heuberg, den bezuschussen wir mit 80.000 €. Das sind über 90 % der Betriebskosten, die da oben entstehen. Damit leisten wir natürlich auch einen wichtigen Beitrag, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Kommune auch zu sichern. Wir knüpfen damit mit unseren Zuschüssen auch an den strategischen Zielen der Kreisstadt Eschwege an und leisten dabei einen wichtigen Beitrag, um uns als Einkaufsstadt, als Familienstadt, als Erlebnisstadt und auch als Bürgerstadt, das heißt als Stadt mit großem bürgerschaftlichen Engagement aufzustellen. Das haben wir in den vergangenen Jahren gemeinsam gemacht und geschultert und ich denke, das werden wir auch in der Zukunft hinkriegen.

Die Kreis- und Schulumlage, meine Damen und Herren, das verwundert Sie jetzt nicht, steigt im kommenden Jahr auf fast 13,5 Mio. €. Das hängt mit den höheren Schlüsselzuweisungen zusammen und mit unserer gestiegenen Steuerkraftmesszahl. Wie sie sich verteilt, Kreis- und Schulumlage, sehen Sie da. Ob dort noch einmal ein bisschen Luft drin ist, wenn der Kreis beispielsweise sagt, okay, wir senken die Kreisumlage oder wir senken die Schulumlage, die Möglichkeit besteht ja, die Hoffnung sinkt zuletzt, dann können wir da nochmal etwas korrigieren. Wir sind jetzt erstmal davon ausgegangen, dass die in der gleichen Größenordnung wie im letzten Jahr auch zum Tragen kommt. Hier sitzen ja auch ein paar Politiker, die auch im Kreis vertreten sind. Ich gucke alle jetzt mal an. Ich gucke Ihnen tief in die Augen und sage, wirken Sie mal darauf hin.

Da sind wir bei etwas kleineren Aufwandspositionen noch. Die Gewerbesteuerumlage fällt ein bisschen geringer aus, als im letzten Jahr, weil das Gewerbesteueraufkommen ja sinken wird. Unsere Aufwendungen für aufzunehmende Kredite und für bestehende Kredite, die verringern sich auf, ich sage mal, knapp 1,4 Mio. €. Und damit verringert sich der Zinsaufwand doch deutlich, finde ich, gegenüber dem Vorjahresansatz.

Und dann bin ich auch mit den wichtigsten Aufwandspositionen, Ertragspositionen durch und komme, meine Damen und Herren, zunächst nochmal zu den kostenrechnenden Einrichtungen, bevor ich zum Finanzhaushalt übergehe. Teilhaushalt 8, Abwasserwirtschaft, schließt nach den derzeitigen Planungen, meine Damen und Herren, mit einem Defizit von 106.000 € ab. Nach internen Leistungsverrechnungen heißt das, sie wissen, wir haben eine Gebührenaussgleichsrücklage, die ist noch ganz gut gefüllt, wir werden dieses Defizit aus der Gebührenaussgleichsrücklage kompensieren können. Nach unseren Berechnungen wird voraussichtlich Anfang 2017 die Rücklage dann immer noch 190.000 € betragen, das heißt, die Gebühren werden auch konstant bleiben können. Teilhaushalt 9, Abfallwirtschaft, da haben wir die Gebühren auch zweimal in den letzten Jahren gesenkt. Geplantes Defizit von 119.000 €, um die Gebührenaussgleichsrücklage abzuschmelzen. Die wird sich Anfang 2017 dann noch auf rund 15.000 € belaufen. Gebühren da auch erstmal konstant. Ordnungsbehördenbezirk, eine kleine aber feine kostenrechnende Einrichtung, schließt nach internen Leistungsbeziehungen mit knapp 18.000 € ab. Sie wissen, wir rechnen da immer vorsichtig. Ordentliches Ergebnis 54.000 €, nur einmal für Sie als Hinweis. Wir wollen 20.000 € an die Kommunen ausschütten und 10.000 € sollen auch bei uns bleiben. Da entwickelt sich der Ordnungsbehördenbezirk insgesamt gut und die Rücklage ebenfalls.

Und damit, meine Damen und Herren, hätten wir den Ergebnishaushalt erledigt und sind beim Finanzhaushalt. Ich habe eingangs gesagt, er schließt in Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit einem satten positiven Ergebnis von rd. 2,7 Mio. € ab. Damit wird der Trend der ganzen vergangenen Jahre fortgesetzt. Wir haben, wie gesagt, diesen Zahlungsmittelüberschuss. Bei den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, meine Damen und Herren, gehen wir davon aus, dass wir Einzahlungen haben in Höhe von knapp 2 Mio. € und dass wir Auszahlungen haben für Investitionen in das Anlagevermögen von knapp 4,8 Mio. €. Das bewegt sich also auf einer gleichen Größenordnung, wie im letzten Jahr ungefähr. Die Einzahlungen, meine Damen und Herren, das sehen Sie auf dieser Grafik auch, gehen deutlich zurück. Das hängt einfach damit zusammen, dass wir weniger Fördermittel bekommen. Da läuft die Hochwassersicherung Albulgen aus bzw. wir haben da einen deutlich geringeren Ansatz wie im letzten Jahr. Das betrifft beispielsweise auch den Stadtumbau West. Das bedeutet auf der anderen Seite, wir selber müssen mehr Geld in die Hand nehmen, um städtische Investitionen zu finanzieren. Aber, ich sage das in aller Deutlichkeit, das können wir auch schaffen und das schaffen wir auch mit dem Haushalt, den wir aufgestellt haben. Für die Aufnahme von Krediten, meine Damen und Herren, sind insgesamt rd. 2,5 Mio. € geplant. Für die Tilgung von Krediten, das habe ich vorher schon einmal gesagt, 2,41 Mio. €. Damit beläuft sich der Finanzmittelfehlbedarf aus

Finanzierungstätigkeit auf knapp 130.000 €. In der nächsten Grafik sehen Sie nochmal, wie sich die Investitionen verteilen, was die neuen Maßnahmen, die Fortsetzungsmaßnahmen und die Verpflichtungsermächtigungen anbelangt, neue Maßnahmen knapp 2 Mio. €. Also deutlich mehr als im vergangenen Jahr. Fortsetzungsmaßnahmen 2,6 Mio. € etwa und Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf etwa dem gleichen Niveau wie im vergangenen Jahr mit gut 600.000 €.

Werfen wir noch einen Blick auf die Investitionsschwerpunkte, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die liegen wie immer im Teilhaushalt 7, Planen und Bauen, im Teilhaushalt 8, Abwasserwirtschaft. Guckt man sich jetzt die einzelnen Fachdienste im Teilhaushalt 7, also Planen und Bauen, an, dann sehen Sie hier im Fachdienst 41, Stadtplanung, haben wir rund 900.000 € an Mitteln gebunden. Das ist immer natürlich jetzt brutto. Da müssen Sie die Zuschüsse und Zuwendungen abrechnen, die wir bekommen. Also brutto 900.000 € gebunden. Wesentliche Maßnahmen Verzahnung Werra-Stadt mit Maßnahmen, die wir in Brückenhausen geplant haben. Dann die Förderung von zahlreichen privaten Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben im Rahmen der Umsetzung des Programms Bauen im Bestand und Stadtbahnhof/Stadtsanierung. Und die Unterstützung der Eigenentwicklung in den Stadtteilen über das Dorfentwicklungsprogramm. Im Fachdienst 42, Tiefbau, meine Damen und Herren, ich sage das mal ein bisschen salopp, verbuddeln wir 1,6 Mio. €, so ist das jedenfalls vorgesehen. Wichtigste Maßnahmen dritter Bauabschnitt Friedrich-Wilhelm-Straße, darüber hinaus neu aufgenommen Ausbau des Langenhainer Weges. Da sind wir für die Gehwege und Parkstreifen zuständig. Darin haben wir auch Verpflichtungsermächtigungen, weil die Maßnahme in diesem Jahr begonnen wird und im nächsten Jahr fortgesetzt werden wird. Und nochmal die Hochwassersicherung Albugen. Das ist noch einmal eine große Maßnahme mit 440.000 € im nächsten Jahr. Da auch mal nachrichtlich für Sie, die Gesamtkosten belaufen sich auf 4,2 Mio. €. Da können wir nur glücklich sein, dass wir eine Förderung haben, die bei über 80 % liegt. Jetzt sind wir noch beim Fachdienst 43, Immobilienwirtschaft. Da sehen Sie, haben wir deutlich draufgesattelt. Maßnahmen, die hier von Bedeutung sind, sind energetische Sanierungsmaßnahmen diverser Art. Wir wollen das städtische Wohngebäude Wacholderweg im Erdgeschoss barrierefrei umbauen und die Sportanlage deutlich erweitern um einen Kunstrasenplatz. Da ist ein Boulder-Parcours, ein Kletternetz usw. vorgesehen. Wir werden das im Rahmen der Haushaltsberatungen natürlich auch im Bau- und Planungsausschuss vorstellen und erörtern. Und der Teilhaushalt 8, Abwasserwirtschaft schlägt zu Buche mit über 1 Mio. €, insbesondere für Kanalbaubau und Kanalsanierungsmaßnahmen und für die Investitionen im Zentralkläwerk.

Wenn man diese Investitionen, meine Damen und Herren, nochmal betrachtet, aus Sicht der strategischen Entwicklung der Kreisstadt Eschwege, meine ich, dass wir damit auch die Schwerpunkte richtig gesetzt haben. Wir nehmen erhebliche Mittel in die Hand, um das Wohnungsangebot zu verbessern, über Zuschüsse zur Wohnungsmodernisierung, zur Wohnungssanierung, zur energetischen Ertüchtigung von Gebäuden. Wir fördern die Familienstadt Eschwege, indem wir Sport- und Spielplätze erweitern, auch kontinuierlich in die Ersatzbeschaffung von Kindertageseinrichtungen und –stätten investieren. Da haben andere Kommunen deutlichen Nachholbedarf. Das haben wir nicht. Und stärken auch die Erlebnisstadt Eschwege, also den Bereich Kultur und Tourismus mit der Bereitstellung von Mitteln für das Stadtmuseum, für den Werratalsee, für die Stadthalle. Dinge, die in anderen Kommunen längst dem Rotstift zum Opfer gefallen sind.

Und damit, meine Damen und Herren, bin ich fast am Schluss angelangt. Lassen Sie uns noch einen Blick auf die städtischen Verbindlichkeiten werfen. Die Schulden, meine Damen und Herren, werden steigen von 37,8 Mio. € auf knapp 39,2 Mio. € zum 1. Januar 2016. Das ist der Stichtag, mit dem wir immer rechnen. Der 1. Januar des Haushaltsjahres. Sie sehen, der Schuldenstand ohne die kostenrechnende Einrichtung Abwasser beläuft sich auf rund 27,4 Mio. €. Die Pro-Kopf-Verschuldung, meine Damen und Herren, beläuft sich Ende dieses Jahres, das haben wir hier, auf 1.942 €, Ende diesen Jahres, das ist also leicht rückläufig. Ohne den Abwasserbereich liegt die Pro-Kopf-Verschuldung dann bei 1.340 €. Auch da im Vergleich mit anderen Kommunen unserer Größenordnung ist diese Kennzahl als moderat einzuschätzen.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Schluss und bei meinem Fazit. Ich denke, wir haben ein wichtiges, und da sage ich ganz bewusst wir, weil wir diese Entscheidungen in den letzten Jahren hier meistens auch gemeinsam getroffen haben, ein richtiges und wichtiges Etappenziel auch geschafft. Der Haushalt ist ausgeglichen und wir verfügen sogar über eine ansehnliche freie Spitze. Nicht auszu-denken, welche Begehrlichkeiten entstanden wären, wenn wir die Gewerbesteuer nicht um 500.000 € hätten korrigieren müssen und nicht 600.000 € bei den Kindertagesstätten zusätzlich an Aufwand hätten. Das sind 1,1 Mio. €. Das ordentliche Ergebnis hätte dann nochmal sich ganz anders dargestellt.

Auf die Diskussion wäre ich dann gespannt gewesen, was wir mit dem Geld ausgeben. Also, wir haben eine ansehnliche freie Spitze, meine Damen und Herren, und eins ist mir an der Stelle ganz besonders wichtig. Wir haben trotz der Konsolidierung keine Strukturen in der Kreisstadt Eschwege zerlegt, sondern im Gegenteil, wir haben weiter in die Menschen investiert, und wir haben auch weiter in die städtische Infrastruktur investiert. Wir haben die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Kreisstadt Eschwege relativ gering gehalten. Die Werra-Rundschau hat vor ein paar Wochen mal einen Artikel in der Zeitung gehabt, wo sie die Belastungen für Familien mal miteinander verglichen haben, und da ist deutlich geworden, dass die Belastung in der Kreisstadt Eschwege deutlich geringer ist, als in unseren Umlandkommunen. Wir sind aber, auch das sage ich in aller Deutlichkeit, längst nicht über den Berg. Wir müssen in der Zukunft weiter intelligent investieren und gleichzeitig am Konsolidierungskurs auch festhalten, gerade aufgrund der unsicheren konjunkturellen Entwicklung. Die Gewerbesteuer an der Stelle lässt grüßen. Wir wissen nicht, wie sich die Finanzmittelmasse im KFA in den kommenden Jahren entwickeln wird und damit auch die Schlüsselzuweisungen. Ich weise schon einmal darauf hin, allein 60 Mio. €, die in diesem Jahr ausgeschüttet worden sind, in dem sogenannten Übergangsfonds des KFA, die werden in 2017 fehlen, weil sie nämlich in diesem Jahr schon weggegangen sind. Ob wir dann als Mittelzentrum im ländlichen Raum dauerhaft zu den Gewinnern gehören werden, muss man mal gucken. Die Kommunen wie Frankfurt, die großen Verlierer im KFA, haben schon Klagen angekündigt. Auch südhessische Kreise haben schon angekündigt. Sie wollen klagen. Mal gucken, wie lange der KFA in der jetzigen Form Bestand haben wird. Ich trete, meine Damen und Herren, hier nicht auf die Spaßbremse, weil das von einem Kämmerer erwartet wird. Und ich sage das aus voller Überzeugung, weil, ich glaube schon, dass da noch ein Stück Arbeit vor uns liegt. Aber wenn wir so weiter machen und an diesem Dreiklang aus konsolidieren, investieren und den sozialen Zusammenhalt sichern auch festhalten, dann können wir uns auf eine gute, vernünftige, stabile Entwicklung in Eschwege freuen.

Der Magistrat hat am 9. November dem Entwurf zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan zugestimmt. Der Entwurf liegt Ihnen jetzt als Tischvorlage vor. Für die Zuschauer, das gedruckte Exemplar hat wieviel Seiten? Ich habe das jetzt nicht genau im Kopf. Kann man das mir mal zurufen? Knapp 600 Seiten. Da müssen sich die Kolleginnen und Kollegen jetzt mal durcharbeiten. Insbesondere ist der Finanzausschuss gefragt. Ich wünsche Ihnen gute Beratungen oder uns dann gute Beratungen und ich bitte, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zuzustimmen. Vielen Dank.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

- a) Der vorgenannte Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird gemäß § 97 Abs. 3 HGO zur Beratung und Vorbereitung der Beschlussfassung an den Finanzausschuss überwiesen.
- b) Die Ortsbeiträge sind gemäß § 82 Abs. 3 HGO zu hören.

Einstimmig beschlossen.

121.2 ENTWURF DES STELLENPLANES 2016

- 2/12 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist auch ein Teil des Haushalts, der auch darauf wartet, von Ihnen überwiesen zu werden. Der Stellenplan, Sie wissen es, bildet den quantitativen Rahmen für die gesamte Personalwirtschaft bei uns im Haus. Das heißt, wir als Magistrat, wir als Einstellungsbehörde haben dann einen Rahmen, in dem wir uns bewegen können. Wir können den ausschöpfen, müssen aber nicht. Und wir nehmen auch nur dann entsprechende Stellenbesetzungen vor, wenn das für die Aufgabenerfüllung tatsächlich und zwingend geboten ist. Bedeutet, auch wir im Magistrat haben gemeinschaftlich und auch ich als Personaldezernent dafür gesorgt, dass wir die Einsparungen, die wir in den letzten Jahren haben, auch bei den Personalkosten entsprechend fortführen. Dazu sind dann auch weitere Details dann noch später im Haushaltskonsolidierungskonzept darzustellen, wozu wir später dann noch kommen.“

Vielleicht mal eine Zahl. Wenn man sich einen längeren Zeitraum mal betrachtet, alleine in den Jahren 2013 bis 2015, ich halte das schon für eine beachtliche Zahl, wurde in diesem relativ kurzen Zeitraum schon eine Stelleneinsparung von 6,71 Stellen erreicht. Insgesamt weist der Stellenplan, den wir Ihnen jetzt vorstellen, für das Jahr 2016 134,32 Stellen aus, davon befinden sich 26 dieser Stellen im sogenannten Teil A, wo wir die Beamten darstellen, und 108,32 in den Teilen B und C, wo wir die Arbeitnehmer und auch die Arbeiternehmer im Sozial- und Erziehungsdienst entsprechend dargestellt haben. Die Veränderung gegenüber dem direkten Vorjahr, gegenüber dem Jahr 2015, beträgt genau eine Stelle. Wir wissen allerdings jetzt schon, dass wir im Laufe des Jahres aufgrund natürlicher Fluktuation, so heißt das in den Beratungen immer so schon, also aufgrund des Renteneintritts von langgedienten Kollegen wir nochmal weitere 2,12 Stellen werden einsparen können. Diese sind dann auch in dem Tabellenwerk, was Sie als Anhang haben, entsprechend mit den dafür vorgesehenen Vermerken auch versehen. Wir haben Ihnen auch die Personalaufwendungen einmal tabellarisch dargestellt. Die Personalaufwendungen belaufen sich, wir haben es eben schon gehört, insgesamt auf 6,67 Mio. €. Und wir haben dort gegenüber dem Vorjahr eine Einsparung von gut 19.000 € erreichen können. Also Sie sehen, es ist gelungen, für die Mittelanmeldung 2016 den gesamten Personalkostenansatz zu reduzieren und auch die Tarifierhöhung zu kompensieren. Das ist etwas, was ich nochmal herausstellen möchte, wenn man dann einen längeren Zeitraum betrachtet. Deswegen haben wir hier auch noch einmal eine Tabelle mit aufgenommen, die Entwicklung des Personalkostenbudgets ab dem Jahre 2011, dass es also im Prinzip über diesen Zeitraum von sechs dargestellten Haushaltsjahren gelungen ist, das Personalkostenbudget auf der gleichen Höhe, sprich konstant, zu halten. Und das, obwohl es in dieser Zeit Tarifsteigerungen und weitere Dinge gegeben hat. Das ist nicht unser Verdienst, die wir den Plan aufgestellt haben. Das ist vor allen Dingen der Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen es also gelungen ist, die Stelleneinsparungen durch eine gute Aufgabenkritik, durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe und der Prozesse innerhalb des Rathauses aufzufangen und die auch bereit sind, durch einen flexiblen Arbeitsansatz ihren Anteil am Gelingen eines solchen Haushaltsergebnisses mitzutragen. Und deswegen an dieser Stelle nochmal herzlichen Dank an all die Beschäftigten, an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus, die dieses Ergebnis dann auch zu Stande gebracht haben. Ebenso herzlichen Dank an den Stab 12. Das sind diejenigen bei uns im Hause, die für die Personalplanung und die Personalbewirtschaftung mit zuständig sind und auch an den Personalrat, mit denen es immer ein gutes, konstruktives Miteinander gibt, und mit denen wir Ihnen dann auch diesen Entwurf entsprechend ausarbeiten konnten. Sie sehen, die einzelnen Veränderungen sind dann immer nochmal farblich hervorgehoben. Es würde an dieser Stelle und in diesem Rahmen zu weit führen. Deswegen freue ich mich auf gute und konstruktive Beratungen dieses, wie ich finde, sehr zukunftsweisenden Stellenplans dann im Ausschuss. Vielen herzlichen Dank.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Entwurf des Stellenplanes 2016 als Teil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 wird zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen.

Einstimmig beschlossen.

122. VORLAGE DES ENTWURFS DER FORTSCHREIBUNG ZUM HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2016 - 2019 - 08/21 -

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl wir im kommenden Jahr, ich habe es vorgetragen, mit einem positiven ordentlichen Ergebnis rechnen, müssen wir entsprechend den Bestimmungen der HGO und der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik trotzdem weiterhin ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, weil noch Fehlbeträge aus den Vorjahren, meine Damen und Herren, auszugleichen sind.

Die aufgelaufenen Fehlbeträge, ich habe es vorher schon einmal gesagt, haben sich im vorläufigen Jahresabschluss 2013 auf rund 6,1 Mio. € summiert. Dem stehen außerordentliche Ergebnisse von 3,1 Mio. € gegenüber. Und der Ausgleich von Fehlbeträgen, meine Damen und Herren, ist in der HGO bzw. in der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik in einer Art Stufenplan geregelt. Zunächst ist ein Fehlbetrag aus dem ordentlichen Ergebnis im folgenden Jahr auch auszugleichen. Das haben wir nie schaffen können, weil wir im folgenden Jahr auch wiederum einen Fehlbetrag produziert haben. Wenn das nicht möglich ist, können Fehlbeträge aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses der folgenden Haushaltsjahre ausgeglichen werden. Letztlich kann ein Fehlbetrag, wenn er nach fünf Jahren immer noch besteht, dann ausgeglichen werden, indem er mit dem Eigenkapital verrechnet wird. Für uns heißt das ganz konkret, dass wir die Überschüsse aus den außerordentlichen Ergebnissen der Haushaltsjahre 2007 bis 2009 mit den ordentlichen Fehlbeträgen der Jahre 2007 und 2008 verrechnen können. Die dann noch verbleibenden Fehlbeträge aus den Jahren 2007 und 2008 werden dann im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 mit dem Eigenkapital verrechnet. Das hört sich jetzt relativ kompliziert an. Ich denke, ich werde Ihnen das im Ausschuss nochmal im Detail vorstellen. Sie können es aber im Haushaltssicherungskonzept auch schon einmal ein Stück nachvollziehen. So schwierig ist das nicht. Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass wir tatsächlich nach wie vor Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen haben. Wir gehen in unserer mittelfristigen Finanzplanung davon aus, dass wir in den kommenden Jahren auch ordentliche positive Ergebnisse präsentieren werden können. Unter dieser Voraussetzung können dann die bis einschließlich 2015 aufgelaufenen Fehlbeträge nach und nach dann mit dem Eigenkapital tatsächlich verrechnet werden. Solange, wie gesagt, müssen wir ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen.

Wir sind bei den Prognosen jetzt für die mittelfristige Finanzplanung, meine Damen und Herren, wie in den vergangenen Jahren auch, sage ich mal, von vorsichtigen Annahmen ausgegangen, sowohl was die Einnahmeseite anbelangt, als auch was die Ausgabenseite anbelangt. Die Prognosedaten selbst finden Sie im Haushaltssicherungskonzept auf Seite 6. Auf dieser Grundlage, meine Damen und Herren, gehen wir dann in 2017 von einem positiven ordentlichen Ergebnis von 84.000 € und in 2020 von 87.000 € aus. Zwischendurch schwankt es mal ein bisschen hin und her. Klar ist auch, das wissen Sie, bei der mittelfristigen Finanzplanung, da liegen immer Variablen hinter, die man nicht genau voraussagen kann, die wir auch nicht beeinflussen können. Deshalb gilt es wie immer, jedes Jahr ist die Situation aufs Neue zu bewerten, und dann müssen wir ggf. entsprechende Maßnahmen auch treffen, um ein positives ordentliches Ergebnis auch präsentieren zu können.

Ich bitte Sie einfach, vorlagegemäß zu entscheiden und das Ganze in den Finanzausschuss zu überweisen. Dann werden wir es im Detail noch einmal mit Ihnen diskutieren. Vielen Dank.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept 2016 bis 2019 der Kreisstadt Eschwege wird zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen.

Einstimmig beschlossen.

123. VORLAGE DES ENTWURFS DES INVESTITIONSPROGRAMMS FÜR DEN PLANUNGSZEITRAUM 2015 - 2019

- 21 -

StK. Brill:

„Auch hier wissen Sie, nach den Bestimmungen der HGO und der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik sind wir verpflichtet, unserer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen. Das erste Planungsjahr ist immer das laufende Haushaltsjahr, also in dem Fall das Jahr 2015. Als Grundlage für diese Ergebnis- und Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm aufzustellen. Auch das ist in der HGO im § 101 und der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik § 9 geregelt.

Über das Investitionsprogramm müssen Sie, muss der Souverän, muss die Stadtverordnetenversammlung beschließen. Wir haben das Investitionsvolumen schon in den vergangenen Jahren auf das, ich sage jetzt mal, finanziell Machbare und Notwendige zurückgefahren. Gleichzeitig haben wir immer genügend Mittel zur Verfügung gestellt, um unsere Stadt auch weiter zu entwickeln. Im aktuellen Planungszeitraum 2015 bis 2019, das sind die fünf Jahre, haben wir jetzt knapp 22 Mio. € für investive Maßnahmen veranschlagt, immer brutto. Das sind 2,7 Mio. € mehr als im letzten Planungszeitraum. Von diesen 22 Mio. €, meine Damen und Herren, entfallen 14 Mio. € auf den Teilhaushalt 7, Planen und Bauen, Sie erinnern sich an die Folie vorher. Da fließt wieder das meiste Geld hin, darüber hinaus in Teilhaushalt 8, Abwasserwirtschaft mit 6 Mio. €. Das sind über 90 %, die in diese beiden Teilhaushalte fließen werden. Wir haben größere neue Maßnahmen ins Investitionsprogramm aufgenommen, unter anderem diverse Beschaffungen von Fahrzeugen für die Feuerwehr. Ich habe vorher schon angedeutet, Ausbau des Langenhainer Weges, der steht auch an. Ausbau der Langemarckstraße. Das steht an. Wir haben für Stützmauern und Stützwände einen erheblichen Betrag vorgesehen, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und den Ausbau der Sport- und Freizeitanlage Torwiese. Beim Teilhaushalt 8, Abwasser, sind insbesondere dann auch nochmal Maßnahmen für die Kanalsanierungsmaßnahmen im Bereich Langemarckstraße und Langenhainer Weg vorgesehen. Das allein sind dann über 3,1 Mio. €. Wir haben dieses Investitionsprogramm, auch das wissen Sie, jedes Jahr fortzuschreiben. Die Zahlen sind nicht in Stein gemeißelt. Wir müssen sie jedes Jahr neu anpassen. Ich empfehle Ihnen, vorlagegemäß zu beschließen, und dann diskutieren wir die Dinge im Ausschuss. Vielen Dank.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

- a) Der Entwurf des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2015 bis 2019, der mit einem Investitionsvolumen von 21.939.080 Mio. EUR abschließt, wird zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss und an den Bau- und Planungsausschuss überwiesen.
- b) Die Ortsbeiräte sind gemäß § 82 Abs. 3 HGO zu hören.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag:

„Ich rufe jetzt auf die Tagesordnungspunkte 6 (124), 7 (125) und 8 (126). Ich habe das mit dem Stadtkämmerer abgesprochen. Diese Tagesordnungspunkte stehen ja alle in einem Zusammenhang. Er wird sie zusammen vortragen und wir werden dann einzeln diskutieren, wenn es erforderlich ist, und abstimmen.

Ich sehe Ihr Einverständnis, dass wir so verfahren können. Dankeschön.“

124. JAHRESABSCHLUSS 2014 DES EIGENBETRIEBES WASSERVERSORGUNGSBETRIEB ESCHWEGE

- 2 -

StK. Brill:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege. Die Betriebsleitung hat der Betriebskommission den Jahresabschluss vorgelegt. Der Abschluss ist von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BSK aus Eschwege geprüft worden und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Sie haben der Vorlage entnehmen können, dass sich die Bilanzsumme bei dem Eigenbetrieb auf 1,163 Mio. € beläuft. Sie haben der Vorlage ebenfalls entnehmen können, dass wir laut Gewinn- und Verlustrechnung einen satten Jahresüberschuss von 2.009,43 € erwirtschaften werden. Die Betriebskommission empfiehlt Ihnen, der Stadtverordnetenversammlung, den Jahresabschluss in der vorliegenden Fassung festzustellen, den satten Jahresüberschuss der Rücklage zuzuführen und der Betriebsleitung-- - Entlastung zu erteilen. Er würde sich sehr darüber freuen. -

Der Magistrat hat ebenfalls beschlossen, sich den Empfehlungen der Betriebskommission anzuschließen. Damit hätten wir das abgehakt.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2014 des EB „Wasserversorgungsbetrieb Eschwege“ wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.009,43 € wird der Rücklage zugeführt.
3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2014 die Entlastung erteilt.

Einstimmig beschlossen.

125. BESTELLUNG EINES PRÜFERS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS 2015 DES EIGENBETRIEBES WASSERVERSORGUNGSBETRIEB ESCHWEGE

- 2 -

StK. Brill:

„Jetzt muss ich ein bisschen Blättern. Wir sind bei TOP 7 (125) Bestellung eines Prüfers, dem Prüfer für den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege. Da haben Sie der Vorlage entnehmen können, dass Sie, die Stadtverordnetenversammlung, den Prüfer bestellen müssen. Die Betriebskommission schlägt Ihnen vor, wiederum die bisherige Gesellschaft aus Eschwege mit der Prüfung zu beauftragen. Die macht das seit 2012 sehr solide und zu einem, sage ich mal, zu einem seriösen Preis. So will ich es jetzt mal sagen. Damit wir bei der Kontinuität bei den Abschlussprüfungen bleiben können, schlagen wir Ihnen vor, wie gesagt, die bisherige Gesellschaft wieder zu bestellen. Dann hätten wir den Punkt auch erledigt.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Für die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 für den Eigenbetrieb Wasserversorgungsbetrieb Eschwege wird die bisherige Gesellschaft zum Abschlussprüfer bestellt.

Einstimmig beschlossen.

126. WIRTSCHAFTSPLAN 2016 FÜR DEN EIGENBETRIEB WASSERVERSORGUNGSBETRIEB ESCHWEGE

- 2 -

StK. Brill:

„Wir kommen zum Wirtschaftsplan für den Wasserversorgungsbetrieb Eschwege. Auch hier ist die Stadtverordnetenversammlung für die Beschlussfassung zuständig. Sie haben hier der Vorlage und den Anlagen entnehmen können, dass laut Erfolgsplan Umsatzerlöse von 2,861 Mio. € erwartet werden. Dazu kommen noch einmal 38.000 € an sonstigen betrieblichen Erträgen. Dem stehen Aufwendungen, insbesondere für Material und für den Pachtservice und Betriebsführungsvertrag mit den Stadtwerken, die managen das ja alles, gegenüber von 2,898 Mio. €. Macht dann in dem Fall ein auskömmliches Betriebsergebnis, das ist doch schön ausgedrückt, von 1.008 € für den Wirtschaftsplan 2016. Der Vermögensplan sieht eine Zuführung des Gebührenüberschusses von 75.000 € zu den langfristigen Rückstellungen vor. Darüber hinaus gibt es keine weitere Einflussgröße. Laut Plan sollen sich die Deckungsmittel Ende 2016 auf 314.000 € belaufen. Zu den 75.000 €, die der Rückstellung zugeführt werden sollen, meine Damen und Herren, ist noch zu bemerken, wenn Sie die Vorlage aufmerksam gelesen haben, dass sich die Anzahl der Haushalte entsprechend erhöht hat, und damit steigen die Einnahmen über das hinaus, was wir an Gebühren mal kalkuliert haben. Diese 75.000 € würden wir dann halt in die Rücklage überführen. Wir empfehlen Ihnen, vorlagegemäß zu beschließen. Herzlichen Dank.

Dann bin ich mit den drei Tagesordnungspunkten auch schnell durchgekommen.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege für das Jahr 2016 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag:

„Dann haben wir die Tagesordnungspunkte abgearbeitet.

Ich hatte ja angekündigt, eine Pause einzuführen. Das mache ich jetzt. Wir treffen uns in wenigen Minuten wieder hier und dann geht es weiter. Zwischen fünf und zehn Minuten, dass jeder einmal an der Zigarette ziehen kann, das befürworte ich nicht, aber auf die Toilette gehen kann.

Die Sitzung wird von 20:58 bis 21:07 unterbrochen.

127. MEDIENWERK – STUDIO FÜR DIGITALE KOMMUNIKATION UND FILM

- 4 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die Vorlage erhalten. Es geht um ein Projekt, für das wir versuchen wollen, in eine Förderung hineinzukommen. Wir haben einen Hinweis bekommen von der Referatsleiterin Städtebau und Städtebauförderung des Landes Hessen, dass es ein Programm gibt, an dem man sich beteiligen könnte. Wir haben die verschiedenen Projektideen geprüft. Einzig übrig geblieben ist das Projekt medienWERK – Studio für digitale Kommunikation und Film. Dort sehen wir, dass man, ggf. auch erfolgreich, einen Programmantrag stellen könnte, weil es dort in die Ziele des Programms hineinpasst, was dort gefördert werden soll, überregionale Bedeutung als förderfähige Maßnahme einer Jugend- und Kultureinrichtung. Geplant ist durch den Projektträger Kulturfabrik e. V. Medienkompetenzen zu vermitteln und ein Qualifizierungs- und Fortbildungsangebot generationsübergreifend und inklusiv anzubieten. Kern des Projektes sind Ausbildungsplätze zum Mediengestalter oder zur Mediengestalterin Bild und Ton sowie Bildungs- und Fortbildungsangebote im schulischen und außerschulischen Bereich. Es soll in dem Bereich des E-Werks errichtet werden, wo sich jetzt noch das ehemalige Sozialgebäude der Stadtwerke befindet, dieser eingeschossige Pavillon, wo der KJR drin ist.

Das Projekt wurde mit den Projekthauptverantwortlichen entsprechend durchgearbeitet mit dem Ergebnis, dass man eine Projektanmeldung beim Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Fristwahrung stellen soll. Das haben wir im Magistrat auch schon beschlossen. Allerdings sieht das Programm vor, dass ein solcher Beschluss noch einmal durch die Stadtverordnetenversammlung dann auch bestätigt werden wird. Es geht, weil wir auch noch Finanzierungsfragen zu klären haben, jetzt an dieser Stelle im Wesentlichen um die Fristwahrung, dass wir also die Chance aufrechterhalten, in dieses Programm zu kommen. Mit der Antragstellung ist auch noch nicht gesagt, dass wir dann auch eine Bewilligung erhalten. Und wenn wir eine Bewilligung erhalten, müssen wir auch noch darüber beschließen, diese anzunehmen. Es ist also noch kein abschließender Beschluss. Aber es ist schon einmal ein wichtiges und deutliches Signal, dass wir uns insgesamt zu diesem Projekt, was ja dann auch Ausbildungsplätze für Jugendliche in einem modernen Bereich in der Stadt bedeuten könnten, positiv stellen. Deswegen bitten wir Sie, dann entsprechend zur weiteren Fristwahrung, denn übermorgen müssen wir es dann schon fristwährend online anmelden, so zu beschließen, wie wir es Ihnen hier vorgetragen haben. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Das Thema war auch im Bau- und Planungsausschuss. Der Magistrat hat es dort direkt hin überwiesen. Es berichtet jetzt der stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, Herr Dr. Bödicker.“

Stv. Dr. Bödicker (stellvertretener Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses):

„Lieber Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, am Montag, dem 2. November, war das medienWERK Gegenstand im Bau- und Planungsausschuss. Es wurde erstmals vorgestellt und die Bau- und Planungsausschussmitglieder haben einstimmig beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, diesen Förderantrag zu stellen. Damit ist, wie der Bürgermeister bereits ausgeführt hat, noch kein unwiderruflicher Beschluss gefasst, weil die Finanzierung noch nicht völlig gesichert ist. Aber um in dieses Förderprogramm hineinzukommen, ist es notwendig, jetzt zeitnah zu beschließen und das möchte ich der Stadtverordnetenversammlung hiermit vorschlagen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Ein entsprechender Förderantrag ist von der Kreisstadt Eschwege zu stellen.

Mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

128. GEMEINSAMER ANTRAG DER SPD-, CDU-, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-, FDP- UND FWG-STV.-FRAKTION BETR. WEITERES VORGEHEN ZUR GESUNDUNG DES WERRATALSEES

- 4 -

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Kreisstadt Eschwege, des Magistrates, des Umwelt- und Bauausschusses der Gemeinde Meinhard und des Gemeindevorstandes der Gemeinde Meinhard hat uns die Expertenkommission das Ergebnis ihrer Sichtung, eigentlich der Gutachten, vorgestellt und hat dann auch Stellung genommen. Also wir haben ja tatsächlich mittlerweile umfangreich das Thema Werratalsee erforschen lassen, und haben diese Ergebnisse quasi der Expertenkommission vorgelegt. Wir haben darum gebeten, diese zu bewerten und uns Vorschläge für Maßnahmen der Seerettung, so will ich es mal nennen, vorzuschlagen.“

In dieser Sitzung ist natürlich ein Fazit rausgekommen. Ich versuche das einfach mal für uns zusammenzufassen.

Dieses Fazit lautet im ersten Punkt, dass es natürlich, sagen wir mal, noch weitere Messungsbedarfe gibt, die abgearbeitet werden müssen und das vor dem Hintergrund einer möglichen Fällung. Da gibt es verschiedene Fällungsmethoden. Darüber wollen wir uns jetzt gar nicht streiten. Es wird unterm Strich darauf hinauslaufen, dass aufgrund der Tatsache, dass bereits sehr viele Nährstoffe, Phosphate, in dem See drin sind, diese ausgefällt werden müssen. Vor diesem Hintergrund sind weitere Untersuchungen nötig. Fazit Nummer 1.

Fazit Nr. 2, was wir aus der Sitzung ziehen können, ist, dass wir die Nährstoffzufuhr in den See, vorwiegend aus der Werra, bremsen müssen, eindämmen müssen, eigentlich sogar abstellen müssen. Das geht durch eine, da ist man sich auch einig, wir nennen es mal, Wasserspiegelangleichung. In welchem

Maße Werra runter und See hoch und in welchem Maße das auch sukzessive passieren kann, also Seespiegelanhebung stufenweise, um zu gucken, was passiert bei der Seespiegelanhebung, das sei mal alles dahingestellt. Fazit ist aber, während wir weitere Untersuchungen für den See vor dem Hintergrund einer Fällung, was ich eben sagte, vorantreiben und durchführen können, ist es sinnvoll die Nährstoffzufuhr sozusagen zu stoppen und zumindest einzudämmen und damit den Wasserspiegel von Werra und Werratalsee anzugleichen. 2. Fazit.

3. Fazit, was gezogen ist, dass das alles nicht umsonst zu haben ist, dass das Geld kostet und aller Voraussicht nach wahrscheinlich die Finanzkraft von Eschwege und vor allem auch die Finanzkraft der Gemeinde Meinhard überstrapazieren wird. Das Fazit heißt, wir müssen unterm Strich Geld akquirieren, um diese beiden Dinge letztlich auch durchführen zu können.

Das 4. Fazit, was man dann notgedrungener Weise daraus zieht, je mehr wir mit politischer Kraft dann sozusagen auch ein Signal senden, nach außen treten, an das Land herantreten, an den Bund herantreten, an möglicherweise auch EU-Programme herantreten, um hier Geld zu akquirieren, um diese Maßnahmen durchführen zu können, umso besser. Also haben wir gesagt, wir müssen über alle politischen Farben hinweg einen gemeinsamen Antrag stellen, auf die Wege bringen. Hier liegt er, und wir diskutieren ihn jetzt natürlich noch einmal, wünschen uns aber, wie gesagt, vor dem Hintergrund, dass wir ein klares Handlungssignal auch in der Richtung aussenden wollen, dass möglichst viele Fraktionen hier zustimmen. Ich glaube auch, dass uns zumindest eine breite Mehrheit heute gelingen wird. Vielleicht das erst einmal zum Einstieg in der Kürze der Zeit. Diskussion frei! Vielen Dank.“

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete, wir haben gemeinsam mit allen Fraktionen über einen Antrag zur Gesundung des Werratalsees beraten. Meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war auch lange Zeit der Meinung, dass das problemlos möglich ist und das wollen wir auch. Wir lehnen generell ein Verfahren nicht ab. Deshalb werden wir auch einen Änderungsantrag stellen. Aber es gibt Punkte, wo wir sagen, ich werde das gleich erläutern, wo in dem Ursprungsantrag viel Aufwand betrieben wird, mit zurzeit völlig ungewissem Ausgang. Das muss vorher geklärt werden. Im Übrigen, die Stellungnahme der Expertenkommission ist ziemlich dick. Da kann man viel herauslesen. Da kann man auch herauslesen, das steht nämlich auch explizit da drin, dass man bei der Durchführung neuer Maßnahmen sehr zurückhaltend sein sollte. Es gibt ja auch Maßnahmen, die bereits schon durchgeführt werden, und die sollten auch weiterhin durchgeführt werden. Ein Ergebnis sollte man erst mal abwarten. Darauf komme ich zum Schluss noch.

Die Maßnahmen, wo wir sagen, das ist im Moment ziemlich schwierig, die betreffen im Wesentlichen die Wasserspiegelangleichung. Ein Planfeststellungsverfahren zur Wasserspiegelangleichung jetzt auf den Weg zu bringen heißt, Wasserspiegel im See hoch, Wasserspiegel in der Werra runter. Wasserspiegel im See hoch, da gab es ja schon einmal den ersten Ansatz zu einem Planfeststellungsverfahren. Dann wurde ziemlich schnell klar, dieser See stellt ein großes Rückhaltevolumen für das Hochwasser dar. Nun gibt es eine interkommunale Hochwasserstudie. Und wenn in der die richtigen Fragen gestellt worden sind, werden wir, wenn das Ergebnis vorliegt, auch etwas darüber erfahren, ob der See in dem jetzigen Zustand mit der Wasserspiegelhöhe als Retentionsraum, so nennt sich das, dieses Rückhaltevolumen für den Hochwasserfall, notwendig ist, oder ob wir darauf verzichten können, im Rahmen des Hochwasserschutzes im gesamten Werratal. Bevor dieses Ergebnis nicht vorliegt, sollten wir nicht beginnen, den Aufwand für ein Planfeststellungsverfahren zu betreiben. Denn wenn der Retentionsraum unverzichtbar ist, bin ich mir ziemlich sicher, wird der dem Planfeststellungsverfahren folgende Antrag nicht genehmigt werden. Dann ist er nicht genehmigungsfähig. Und das Planfeststellungsverfahren gibt es nicht für umsonst. Das wird ziemlich viel Geld kosten. Das wird wahrscheinlich eher im sechsstelligen als im fünfstelligen Bereich liegen. Deshalb abwarten mit dem Planfeststellungsverfahren. Ich sage nicht, meine Fraktion sagt nicht, wir machen das nicht. Aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Das steht aber schon im Antrag drin.

Werraspiegelabsenkung. Wir wissen, dass es Auswirkungen auf die Stromproduktion bei den Stadtwerken hätte. Wir wissen, dass es möglicherweise auch Auswirkungen auf die Lebensdauer der technischen Bauwerke der Stadtwerke haben könnte, der Turbinenanlage. Und es könnte darüber hinaus auch sein, wenn der Werraspiegel abgesenkt wird, dass dann Bauwerke hier im Siedlungsbereich von Eschwege trocken fallen bei einer bestimmten Höhe. Da wissen wir auch nicht so genau, was passiert denn da eigentlich. Tut das den Bauwerken gut oder schadet es ihnen? Bevor wir überhaupt in das

Planfeststellungsverfahren, da brauchen wir nämlich auch eins, zur Wasserspiegelabsenkung der Werra einsteigt, sollten diese Fragen im Ausschuss auch erstmal geklärt werden. Insgesamt möchten wir natürlich auch wissen, was kostet es denn eigentlich. Da sind jetzt zwar Mittel im Haushalt eingestellt, aber ob die reichen, wissen wir überhaupt nicht. Das möchten wir vorher geklärt haben, bevor wir jetzt anfangen, ein Planfeststellungsverfahren auf den Weg zu bringen.

Dann gibt es noch einen Punkt. Der ist zwar auch in der Stellungnahme der Gutachter nicht berücksichtigt, weil das war auch nicht ihre Aufgabe, aber den halte ich für sehr maßgeblich. Den hält meine Fraktion für sehr maßgeblich. Nämlich die Quelle des Phosphates. Und die wesentliche Quelle der Phosphate, die in der Werra transportiert werden und die auch in den See eingetragen werden, die im Übrigen auch über die defekte Kanalisation in Schwebda, die ja jetzt saniert wird, die Sanierung wird ja bald abgeschlossen sein, in die Werra eingetragen werden, das sind die Siedlungsabwässer. Also das, was wir alle jeden Tag in den Gully schütten, läuft durch die Kläranlage durch. Und eine bestimmte Menge dieser Phosphate wird in der Kläranlage herausgefiltert. Im Rahmen des neuen Bewirtschaftungsplanes der Wasserrahmenrichtlinie werden die Phosphoreliminationsleistungen der kommunalen Kläranlagen sowieso verbessert werden müssen und da gibt es in der Tat Geld des Landes für. Die Investitionskosten werden im Wesentlichen für diese Maßnahme, also Verbesserung der Phosphoreliminationen in kommunalen Kläranlagen vom Land deutlich bezuschusst werden. Wie das mit allen anderen Maßnahmen aussieht, das ist sehr offen. Also deshalb sollte man auch betrachten, welche Auswirkungen würde es haben auf den Werratalsee, wenn die Phosphoreliminationen der kommunalen Kläranlagen verbessert würden. Es kam der Einwand, naja das meiste Phosphor kommt aus Thüringen. Ja, stimmt. Darauf haben wir keinen Einfluss. Es gibt aber auch noch eine hessische Kläranlage, die oberhalb des Werratalsees liegt. Das ist die in Wanfried. Alle anderen liegen unterhalb. Überhaupt keine Frage. Auch unsere eigene hier in Eschwege, die im Übrigen schon ziemlich gut ist in der Phosphorelimination. Aber auch da wird noch Nachholbedarf sein. Da bin ich mir ganz sicher. Trotzdem, wir haben natürlich als Grüne den See hier in Eschwege im Auge, aber natürlich auch das gesamte Ökosystem. Den gesamten Werra-/Weser-Bereich bis hinein ins Wattenmeer. Da haben die Phosphoreliminationen nämlich ganz ähnliche Auswirkungen wie bei uns am See. Und das sollten wir nicht vernachlässigen. Wie gesagt, das Land zahlt. In diesem Punkt, diese Investitionen, auf jeden Fall. Und dann hat die Gemeinde Meinhard ja auch schon einen Aufwand betrieben, nämlich den Kanal in Schwebda saniert. Was es hilft, das wird man erst sehen, wenn die Kanalsanierung abgeschlossen ist und eine gewisse Zeit vergangen ist. Denn das ist ein sehr träges System. Die Vermehrung der Wasserpflanzen als auch der Cyanobakterien, um die es uns im Wesentlichen ja geht, das ist nichts, was irgendwie menschengemacht ist, sondern das ist ein ganz natürlicher Prozess, dass stehende Gewässer genau solche Tendenzen aufzeigen, nämlich die versuchen, wieder zu Land zu werden. Da vermehren sich diese Lebewesen in einem ganz natürlichen Prozess. Nur diese Vermehrung wurde dadurch beschleunigt, dass durch menschliches Handeln die Phosphate eingetragen werden. Das will ich damit sagen. Auch wenn man die Phosphateinträge deutlich reduzieren können, wird sich das positiv, hinsichtlich dessen, was wir wollen, nämlich keine Massenvermehrung von Cyanobakterien mehr, auswirken. Aber das wird ein Prozess sein, der sehr lange dauert. Ich glaube, und meine Fraktion ist fest davon überzeugt, das steht übrigens auch in den Gutachten, dass man gewiss gut beraten ist, erstmal abzuwarten. Was geschieht denn eigentlich in einem Jahr, in zwei und in drei Jahren, nach Abschluss der Sanierungsarbeiten in Schwebda? Dann wird nämlich erheblich weniger neues Phosphat eingetragen. Die Vorredner hatten natürlich völlig Recht, in dem See ist schon sehr viel Phosphat gebunden. Deshalb sagen wir auch, ja, das muss man untersuchen. Auch da muss man schauen, welche Verfahren man bei der Phosphorelimination im See anwenden könnte.

Aber da sind wir der Meinung, das sollte im Ausschuss erst einmal beraten werden. Da sollte es Vorschläge vom Magistrat geben und vor allen Dingen möchten wir wissen, welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden, was würden sie kosten, wie lange würden sie dauern und was würden sie möglicherweise bringen. Ich rede im Konjunktiv, würde, würde, würde. Wir sind alle keine Propheten. Genau wissen tun wir es nämlich alle nicht. Und genau deshalb glauben wir auch, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Punkte 1 und 2 in dem Ursprungsantrag so nicht stehen bleiben können.

Deshalb haben wir auch einen Änderungsantrag eingebracht. Den Punkt 3 aus dem Originalantrag übernimmt er unverändert. Den Punkt 4 übernimmt er fast unverändert. Wo es nämlich um die Kosten und Finanzierung geht. Ich trage ihn hier jetzt nicht komplett vor. Ich gebe den Änderungsantrag an den Stadtverordnetenvorsteher.“

Stv.-V. Montag:

„Das müssen wir doch wissen.“

Stv. Jung:

„Natürlich. Ich kann ihn Ihnen jetzt auch vorlesen. Ich wollte ihn dem Stadtverordnetenvorsteher zum Vortragen geben. Aber ich kann ihn auch selber vorlesen. Okay.“

Der Magistrat wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Gemeinde Meinhard zu beschließen. Das ist das erste, also im Einvernehmen mit der Gemeinde Meinhard. Nicht nur mit der Gemeinde Meinhard reden. Sondern diese Punkte müssen einvernehmlich mit der Gemeinde Meinhard beschlossen werden.

Jetzt kommen die Punkte:

1. Maßnahmen zu benennen, die wirksam und wirtschaftlich effizient die Massenvermehrung von Cyanobakterien im Werratalsee begrenzen können. Die Vorschläge der Stellungnahme der Expertenrunde zur aktuellen Situation des Werratalsees und die Ergebnisse der interkommunalen Hochwasserstudie sowie auch Maßnahmen zur Reduzierung der Phosphorausträge aus kommunalen Kläranlagen in der Werra sind zu berücksichtigen.
2. Anhand folgender Merkmale soll die Wirksamkeit und Effizienz der jeweiligen Maßnahme beschrieben werden:

- a) Die verwendete Technologie oder das eingesetzte Verfahren

Wie will man es machen und wie wirkt das Verfahren? Deren Wirkung und deren Wirksamkeit zur Erreichung des Ziels.

- b) Die Anwendung des Verfahrens

Wie häufig muss ich es wiederholen? So ein Phosphatfällungs- oder -bindungsverfahren muss ich möglicherweise alle zwei Jahre, alle drei Jahre, alle fünf Jahre wiederholen. Also wie häufig muss ich das Verfahren wiederholen und über welchen Zeitraum würden sich die Wiederholungen auftreten? Zehn Jahre lange, 20 Jahre lang?

- c) Jetzt geht es um die Kosten und die Finanzierung:

Kosten und Finanzierung des Verfahrens

Die haushaltswirksamen Aufwendungen für Finanzierungs- und Betriebskosten und für einmalige Kosten sind für den Zeitraum der Anwendungsdauer pro Jahr zu benennen. Im Vorschlag des Magistrates soll etwas drinstehen, welche Auswirkungen wird es auf den Haushalt haben. Und natürlich, welcher Anteil dieser Aufwendungen durch Zuschüsse Dritter finanziert werden kann. Wieviel Geld kriegen wir von einem Dritten, vom Land zum Beispiel, dafür? Und was muss man da beantragen?

- d) Das ist ganz wichtig:

Nebenwirkungen des Verfahrens

Wenn man den Wasserspiegel des Sees anhebt, das habe ich ja schon gesagt, oder den Wasserspiegel der Werra absenkt, wird das Nebenwirkungen haben, die wir zwar nicht beabsichtigen, die wir gar nicht wollen, aber die unvermeidbar sind. Das ist wie bei der Medikamenteneinnahme. Da gibt es auch die Nebenwirkungen. Also die Nebenwirkungen müssen eben-

falls beschrieben werden. Die Nebenwirkungen des Verfahrens, die zwar nicht gewünscht sind, die mit der Anwendung des Verfahrens mit der Erreichung des Ziels aber in Kauf genommen werden müssten. Die Wirkung und die Bewertung dieser Nebenwirkungen sind zu benennen.

3. Der Punkt bleibt erhalten wie im Ursprungsantrag, nämlich:

Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen

4. Den Punkt

Sicherstellung der Finanzen

hatte ich unter dem Punkt 2 c) bereits vorgelesen.

Wir bitten um Überweisung in den Bau- und Planungsausschuss. Da sollen die Vorschläge des Magistrates beraten werden.

Wir bitten, den Ursprungsantrag entsprechend zu ändern. Dankeschön.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer, liebe Fraktion der Grünen, jetzt bin ich baff über das, was ich eben gehört habe. Ich bin echt baff. Ich muss meine Verwunderung zum Ausdruck bringen.

Wir reden über den Werratalsee seit langer Zeit. Und was hören wir hier. Wir müssen warten. Sie reden von dem Retentionsraum, den der Werratalsee darstellt, und reden von diesem Hochwasserrisiko-management, das abgewartet werden soll. Das steht alles in dem Antrag. Sie reden von den Gefahren der Werraabsenkung für Gebäude, Maschinen und für den Ertrag der Stadtwerke. Auch das ist allen Beteiligten hier bekannt. Deswegen wundert es mich, dass Sie das hier so aufführen als Grund, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Ich bin wirklich sprachlos. Dann zielen Sie ab auf die Phosphorkonzentration durch Kläranlagen am Werraoberlauf, hauptsächlich Thüringen. Das läuft auch darauf hinaus, dass wir einfach mal abwarten. Irgendwann werden die aufgrund neuer Gesetzgebung ihre Kläranlagen in Schuss bringen und dann wird sich das Problem von alleine minimieren. Also ich verstehe Ihr Anliegen einfach nicht. Und wenn ich dann höre, wie Ihre Änderungen aussehen, dann sage ich, das ist in ganz weiten Teilen das, was in dem gemeinsamen Antrag drinsteht, also zumindest soweit ich es jetzt in Erinnerung habe. In vielen Teilen steht das genau drin, was Sie sagen. Sie formulieren es in anderen Worten, vielleicht auch mit anderen Feinheiten. Das mag sein. Ich verstehe es nicht.

Nichtsdestotrotz, die Linke hat auch Bauchschmerzen mit diesem gemeinsamen Antrag. Das will ich nicht verhehlen. Aber aus ganz anderem Blickwinkel. Dieser Antrag erhält vieles Gute. Das muss ich gleich einmal vorneweg sagen. Da steht viel Gutes drin. Wir sind mit diesem Antrag aus tiefer Überzeugung nicht zufrieden, weil die Bedenken, die wir ständig schon wiederholt haben, sich in diesem Antrag nicht wiederfinden. Sie finden sich nur am Rande wieder, als Randnotiz mit vielen Vorbehalten, mit vielen Wenn und Aber. Deswegen kann uns dieser gemeinsame Antrag nicht überzeugen. Weil wir der festen Überzeugung sind, es ist ein Fehler, wenn wir bei der Rettung des Sees ausschließlich auf die Werra gucken, auf die Kanalsituation in Schwebda und auf die Sedimente am Boden des Sees. Das ist zu kurz gedacht. Das hydrogeologische Gutachten hat eindeutig gesagt, dass mehr als die Hälfte des zuströmenden Wassers nicht aus der Werra kommt, sondern mehr als die Hälfte kommt von Norden und Nordosten in den See, phosphorbelastetes Wasser wohlgemerkt. Und es sind bisher nach unserer Überzeugung keine Maßnahmen getroffen worden, keine Untersuchungen angestellt worden, keine Analysen angestellt worden, um festzustellen, woher dieser Phosphor aus dem von Norden und Nordosten her zufließenden Grundwasser kommt. Es gibt keine expliziten Untersuchungen zu dieser Frage. Deswegen sagen wir, es ist zu riskant, irgendeine mögliche, signifikante Quelle bei unseren Überlegungen für die Zukunft auszuschließen. Wir dürfen nicht vor gewissen Dingen die Augen zu machen. Wir müssen alle Dinge im Blick haben. Deswegen fordert die Linke, dass der Phosphor, der

von Norden her zuströmt, auf seine Ursache hin untersucht wird. Die Stellungnahme der Experten ist zu diesem Punkt sehr allgemein. Da werden allgemein Sätze geäußert, die uns nicht überzeugen. Das muss ich so sagen. Es wird gesagt, die Pflanzen saugen den Phosphor aus dem Boden. Der Mais saugt den Phosphor aus dem Boden. Richtig. Stimmt. Der Boden bindet Phosphor und sei da eine mächtige Schicht. Es stimmt, dass der Mutterboden Phosphor bindet. Das ist richtig. Aber ist schon hier die erste Ungenauigkeit, in meinen Augen jedenfalls. Man geht hier von mächtigen Böden aus. Und das ist bei uns hier nicht der Fall. Wir haben hier einen Abstand des Grundwassers von der Oberfläche in weiten Bereichen im Norden und Nordosten des Sees, wohlgemerkt nur da, von weniger als einem Meter. Nach einem Meter beginnt schon die Oberfläche des Grundwasserstroms. Und wenn man da her geht und beruft sich darauf, dass es hier mächtige Böden gebe, dann ist das falsch. Ein Meter Mutterboden, ein Meter Deckschicht über den Grundwasserströmen ist nicht viel. Das ist ganz wenig. Und deswegen fordern wir nach wie vor und verstehen nicht, warum es ausgeblendet wird, dass man auch untersucht, inwieweit denn möglicherweise eine Überdüngung im Bereich des Sees eine Rolle spielt bei den Phosphoreinträgen. Wir halten diese Ursache für untersuchenswert. Von daher meinen wir, dass wir ohne diese Untersuchung nicht zielführend arbeiten können.

Was uns Linke auch irritiert ist, dass die Experten, die wir beim Werra-Meißner-Kreis haben, immer noch nicht in dieses Verfahren offiziell eingebunden sind. Ich würde mir wünschen, dass die Experten beim Wasserwirtschaftsamt im Werra-Meißner-Kreis in diese Untersuchungen eingebunden werden.

Wie gesagt, der Antrag vieles Richtiges, vieles Wichtiges. Eine Gemeinsamkeit hätte ich mir auch gewünscht bei der Abstimmung. Und diese Gemeinsamkeit wäre auch möglich gewesen, wenn wir uns auf die Wasserstandshebung verständigt hätten. Ich glaube da besteht der breiteste Konsens. Und deswegen, schade, dass das nicht dazu kommt. Aber nichtsdestotrotz, wir bleiben von der Linken bei der Frage dabei, dass wir untersuchen müssen, wo der Phosphor herkommt, der von Norden her in den See strömt. Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Gassmann.

Wenn ich Ihnen vielleicht einen kleinen Hinweis geben kann. Wenn Sie das doch in den Antrag haben wollen, es ist ja nun alles vorgeschrieben gewesen, könnten Sie ja dann zustimmen, wenn das mit aufgenommen würde, meine ich. Dann müsste nur ein Änderungsantrag vorliegen, das mit rein zu nehmen. Den vermisste ich jetzt aufgrund Ihrer Rede.“

Stv. Gassmann:

„Es fanden ja Gespräche statt. Änderungswünsche, die von uns vorgetragen worden sind, sind halt eben nicht in dieser Art in den Antrag eingebracht worden. Deswegen gehe ich davon aus, es würde jetzt keinen Sinn machen, jetzt hier einen Änderungsantrag zu stellen. Unser Anliegen ist bekannt.“

Stv.-V. Montag:

„Gut. Dann nehme ich das erst mal so hin. Das kann man ja im Lauf der Diskussion vielleicht noch überlegen.

Jetzt hat sich Herr Fiege zu Wort gemeldet. Aber der wollte direkt was dazu sagen. Macht das den beiden etwas aus, wenn er dazu direkt etwas sagt, weil er auch mit einer dieser Verfasser ist.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv.-V. Montag:

„Ja, natürlich. Wir waren da ja alle zusammen beteiligt.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, ich würde gleich direkt auf Herrn Gassmann antworten wollen. Und zwar, wir hatten in der Tat intensiv diskutiert, auch noch einmal über die Bauchschmerzen, die er hat. Das Ganze spielt sich vor der Fragestellung ab, inwieweit ist jetzt dieser Eintrag aus dem Nordosten mittels Landwirtschaft zuzuordnen. Wir haben immer gesagt, das ist eigentlich von zwei Gutachtergenerationen mittlerweile auch nach einer Qualitätssicherung, sage ich jetzt mal, nach einer erneuten Durchsicht ist das alles passiert, soweit bescheinigt worden, dass es möglicherweise schon Einträge gibt, aber dass es im Hinblick auf unser Problem jetzt keinen Sinn macht, da intensiver zu untersuchen. Sie haben die Argumente ja auch genannt, bindiger Boden usw. und auch Mengen, wo der Phosphor dann, den Sie genannt haben, herkommt, ich meine aus Schwebda. Wir sind da ja auch dran mit Maßnahmen. Im Gutachten steht eigentlich in Weiterführung des Punktes, der Text liegt Ihnen ja vor, unter 1 Erstellung einer groben Wasserbilanz als Grundlage für eine Nährstoffbilanz. Da könnte man als Unterpunkt mit aufnehmen Untersuchung der lokalen Grundwasserströme im Einzugsgebiet des Sees mithilfe der in der Kurzstellungnahme der Expertenrunde vorgeschlagenen Methoden. Also dort würde man das Phosphor dann auch noch einmal genauer erfassen und auch das Phosphor, was reaktiv ist. Das ist jetzt nichts, was über das, was wir haben, hinausgeht. Das ersetzt quasi präzisiert im Grunde genommen den Punkt der davor steht. Dann würde man aller Voraussicht nach, nach Aussage der Gutachter, auch sehen, das ist eine vorsichtige Vermutung, die an dieser Stelle genannt worden ist, dass der Gesamtphosphor, der - ja schon entsprechend charakterisiert und eingestuft wurde, so wie das dann im Nachgang noch einmal bestätigt wurde, dann wahrscheinlich noch abnehmen würde, weil man dann quasi nur den in unserem Sinne schadhaften, den reaktiven Phosphor betrachten würde. Insofern scheint es so, dass wir das hier vernachlässigen können. Sollte man bei dieser Untersuchung der lokalen Grundwasserströme aber ganz andere Ergebnisse haben, dann könnte man vielleicht noch einmal eine Rückkopplungsschleife starten. Aber wenn ich dort immer und immer weiter untersuche, dann sind wir auch irgendwo mit den Kosten und mit den Aufwendungen an der Stelle begrenzt.

Ich hatte Ihnen das schon einmal gesagt und ich will das mal an einem anderen Beispiel deutlich machen. Stellen Sie sich mal vor, wie das ist mit der Lärmschutzproblematik. Bei der Lärmschutzproblematik durch den Autoverkehr haben Sie irgendwann einen Anspruch auf einen passiven Lärmschutz. Damit restaurieren Sie quasi Ihre Wohnung wieder zu einer guten Daseinsvorsorge, wo man es wieder aushält ohne Lärm. Das ist die Restaurierung, die wir mit dem See vorhaben. Aber Sie können jetzt nicht von heute auf morgen verlangen, wo die Not am größten ist, nämlich die Gesundheit bedroht ist, da die Gesundheit des Sees, ich stelle von heute auf morgen oder sobald wie es geht die Autos auf Elektromotoren um. Nur, um das mal zu verdeutlichen. Da geht die Fehlwahrnehmung an der Stelle, glaube ich, hin. Wir sind hier projektorientiert. Wir können auch nicht, noch einmal zu den Grünen, von heute auf morgen die Kläranlagen renovieren. Das geht auch nicht.“

Stv.-V. Montag:

„Stefan, ich würde sagen, jetzt hast Du geantwortet. Du hattest Dich ja noch einmal zu Wort gemeldet, nach Herrn Hölzel dann. Die Frau Thiele hat sich auch zu Wort gemeldet. Das erstmal dazu.

Jetzt ist der Herr Schneider dran.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich sage es mal ganz platt. Wir hätten uns diese interfraktionelle Runde im E-Werk, die paar Stunden, auch sparen können, wenn die gleichen Argumente jetzt noch einmal ausgetauscht werden. Das bringt keinen ein Stück weiter und vor allem bringt es dem See nichts. Wir haben uns zusammengesetzt mit der Maßgabe, dem Magistrat ein Werkzeug an die Hand zu geben, mit dem er aufgrund unserer jetzigen Erkenntnisse, ich zähle das jetzt nicht alles auf, handeln kann, und zwar mit dem Ergebnis, wir wollen die Qualität des Sees verbessern. Das ist jetzt einfach mal die Grundlage. Das Ganze ist eine Kompromisslösung. Aber es ist eine Kompromisslösung, wo nachher etwas bei rauskommt.

Lieber Kollege Jung, Ihr Auftritt hier eben, der war schon bemerkenswert. Noch einmal zwei Punkte. Der erste: Das, was Sie uns erzählt haben, war im Endeffekt, lass uns doch erst einmal abwarten. Wir müssen eigentlich gar nichts tun. Das liegt nur an Anderen. Und dann haben Sie einen Änderungsantrag, den ich jetzt gar nicht zitieren kann, weil er mir nicht mal in Schriftform vorliegt, der etwas ganz anderes aussagt, als Sie eigentlich wollen, aber in der Summe eigentlich zu 98 % im Ursprungsantrag drin ist. Ein Kompromiss, ein gemeinsamer Antrag, wird nie funktionieren, wenn jeder selbsternannte Experte zu 100 % auf seiner Formulierung besteht. Es gehört auch immer dazu, dass man ein bisschen Geben und Nehmen da mit einfließen lässt und dass man dann nachher gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommt. Und ich glaube das ist es doch, was uns auch eint. Wenn Sie heute hier dagegen stimmen, ich glaube, die breite Mehrheit wird es verkraften können, ist das Bild von Ihnen nach außen dann nur eins als sozusagen notorischer Besserwisser. Wenn Sie das machen wollen, dann machen Sie das. Davon werde ich Sie vielleicht auch nicht überzeugen. Ich glaube, wir haben in der Summe mit diesem Antrag, der Alex Feiertag hat alles inhaltlich vorgetragen, die Voraussetzungen geschaffen, dass es unserem See besser gehen kann.

Auf einen Punkt gehe ich dann doch noch ein. Sie haben erklärt, der See ist Retentionsraum. Das haben wir auch jahrelang angenommen. Das hat auch das RP angenommen, als sie uns empfohlen haben, verfolgt mal den Planfeststellungsbeschluss zur Erhöhung des Sees nicht weiter. Inzwischen wissen wir aber aus Vorergebnissen der Studie schon, wenn Hochwasser kommt, läuft der See erst nach der Welle voll.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. S. Schneider:

„Das ist einfach mal eine neue Sachlage. Von daher kann man das Verfahren dann auch wieder anstrengen. Da sind wir auch dabei. Zumindest kann man es vorbereiten. Und zum Schluss, Herr Jung, weil Sie es gesagt haben, zu den Nebenwirkungen. Da sage ich Ihnen, zu Nebenwirkungen und Risiken fragen Sie Ihren Gutachten oder Ihre Genehmigungsbehörde. Vielen Dank.“

Stv. Hölzel:

„Meine Damen und Herrn, ich versuche es kurz zu machen, weil Stefan Schneider mir aus dem Herzen gesprochen hat. Wir waren zusammengekommen, um wirklich einen Kompromiss auf den Weg zu bringen, dem Magistrat, Stefan Schneider hat es eben gesagt, Handlungsvollmacht zu geben. Während dann was passiert und wir sind uns einig, dass was passieren muss und nicht abgewartet werden darf. Wir wissen auch von Fehlern, die gemacht worden sind, die die Gutachter, Expertenkommission zu Tage gefördert hat. Wir wissen, dass nachgebessert werden muss. Wir haben uns zusammengesetzt und haben eben diesen Kompromissantrag formuliert. Nachdem wir hoffentlich zu einem breiten fraktionsübergreifenden Votum zur Zustimmung für diesen Antrag kommen, haben wir dann Zeit, während der Magistrat handelt, dann auch noch nachzubessern und auch noch unsere Wünsche zu äußern und zu diskutieren. Aber wir haben dann heute endlich etwas was auf den Weg gebracht, was zur Rettung des Sees beitragen kann. Wenn irgendwann auch in Thüringen angekommen sein muss, dass deren Klärwerke etwas höheren Standard entwickeln müssen und etwas mehr gereinigtes Wasser in

die Werra einleiten, bis das passiert, dauert es sicherlich noch 10 oder 20 Jahre. Solange können wir gar nicht warten.

Wir selber waren eigentlich der Meinung, dass man über eine Abdämmung des Dammes den Werrazfluss in den See durchaus stoppen könnte. Auch hier haben wir uns insofern gefreut, dass wir das in dem Antrag letztendlich auch mit aufgenommen haben, dass wenigstens eine Überlegung und eine Weiterplanung dahingehend erfolgen kann.

Alles das, wie gesagt, ist noch nicht in Stein gemeißelt, was jetzt passieren soll, passieren muss, sondern eins ist und allen klar, der See soll so schnell wie möglich zu einem besseren Gewässer werden. Die Cyanobakterien sollen eliminiert werden. Da hilft es nicht, abzuwarten. Das ist unsere Meinung und deswegen werbe ich nochmal für uns alle, dass wir diesem Antrag zustimmen. Und wenn es hinterher zu ändern oder zu aktualisieren gilt, gibt es zu jederzeit dazu Möglichkeit. Vielen Dank.“

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, man sieht ja auch, dass bei den Grünen gearbeitet wird, nur vielleicht nicht so ganz strukturiert. Heute läuft der dritte Antrag von den Grünen ein. Aber trotzdem, Entschuldigung, ich wollte es mir einfach nicht verkneifen. Aber das hat auch unheimlich viel Zeit und Mühe gekostet. Ich denke dieser Antrag ist sicherlich optimierbar, hier und da. Das klang eben schon an, auch bei dem, was der Herr Gassmann gesagt hat. Meinetwegen. Aber das darf man auch nicht übertreiben an der Stelle. Das habe ich auch versucht zu erklären. Das hat wirklich einen Appellcharakter. Ich habe mir eben überlegt, die Worte waren alle gut, was Herr Schneider gesagt hat, Herr Hölzel gesagt hat, auch was Herr Gassmann anfangs gesagt hat, ob man noch einmal hier vorne hingeht. Aber die Bürger erwarten von uns eine Geschlossenheit und eine Gemeinsamkeit und einen Kick-Off, ich sage das mal in diesen Anglizismen, einen Take-Off. Jetzt geht es voran. Dieser Ruf, der von hier ausgeht, der muss unüberhörbar nach Wiesbaden schallen. Wir können nicht mehr warten, bis in Thüringen die Dinge saniert und restauriert sind. Das muss richtig klar sein, dass es von hier mit einer gemeinsamen gefundenen Meinung nach vorne geht. Wir gehen das nicht finanzieren. Wir brauchen da eine Co-Finanzierung. Wir müssen Gürtel und mit Hosenträger, also mit der Fällung möglicherweise, und mit der Wasserstandsangleichung nach vorne gehen. Und wir haben da auch einfach keine Zeit zu verlieren und irgendwas abzuwarten.

Deshalb meine Bitte nochmal, auch wenn das heute Abend nichts mehr wird, vielleicht gibt es da noch einen Prozess, wo auch Ihre durchaus kritischen Gedanken Eingang finden können, die meines Erachtens in dem Antrag ja schon drin sind, wenn man ihn genau sieht. Sie sind drin. Wir haben, und da gab es keine Meckerei von der Verwaltung, im Dezember mal einen Zwischenstand angefragt, wo man dann natürlich auch über die Verflechtung der einzelnen Schritte sprechen muss. Wo man vielleicht schon mal fragt, gibt es schon einmal ein Gespräch über die Finanzierung. Wie geht es mit einer groben Zeitplanung weiter. Also wenn das doch geschafft wird bis Dezember, wäre es Wahnsinn. Ich sage es jetzt mal von hier aus. Wenn es Januar wird, okay. Aber da sind wir uns, glaube ich, einig, von der Verwaltung und von fast allen Fraktionen. Es wäre richtig toll und auch im Sinne der Bürger, und das ist das, was die von uns erwarten, dass wir Probleme lösen und nach vorne bringen.“

Stv. Thiele:

„Meine Damen und Herren, es ist im Prinzip ja alles X-Mal jetzt schon gesagt worden. Eben kam das mit dem Ruf nach Wiesbaden. Meiner Meinung nach oder unserer Meinung nach, wäre es schon einmal schön, einen Ruf nach Eschwege an die Bürger zu richten, weil die ja bald wieder im Frühling an ihrem See spazieren gehen und ihn direkt sehen. Vielmehr als sozusagen die Bürger von Wiesbaden. Ich denke, es ist einfach genug. Man sollte nicht immer reden, reden. Wir haben jetzt die Expertenrunde. Wir sollten uns jetzt langsam mal auch auf jemanden berufen können und jemandem vertrauen und mal anfangen, daran zu arbeiten und nicht immer nur reden. Das war es.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Frau Thiele.

Ich wollte mich eigentlich zu Wort melden. Da müsste ich Frau Strauß hierher bitten. Aber ich werde den Verdacht nicht los, liebe Grüne, dass Sie Angst haben, dass Ihr Ministerium das ganze Spiel nicht mitspielen wird, was hier passiert, dass Sie nicht durchkommen, dass Frau Hinz das verhindern wird, weil Sie ja auch in Sachen Werra eine Position vertritt, die mir persönlich auch nicht gefällt. Das muss ich ganz deutlich sagen. Und das dass ein Hemmnis von Ihnen ist. Ich wollte das nur einmal zum Nachdenken geben.

Herr Jung bitte und dann Herr Dietrich.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Dietrich:

„Das ist ein Kracher, was Sie jetzt gebracht haben, Herr Stadtverordnetenvorsteher.“

Stv.-V. Montag:

„Das ist kein Kracher, sondern dass ist ein Verdacht von mir, und den wird man ja äußern dürfen. Das machen Sie doch oft genug Herr Dietrich.“

Stv. Jung:

„Also ich bin überhaupt nicht auf die Idee gekommen, so weit zu denken.“

Stv.-V. Montag:

„Das ist schon mal schlecht. Die sollen ja was machen.“

Stv. Jung:

„In solchen Unterstellungen zu denken. Wenn ich im zwanzigsten Stock eines Gebäudes stehe mit zehn anderen Personen und acht von denen sagen mir, spring ruhig runter, irgendwer wird das Tuch da unten schon aufspannen, Also da springe ich trotzdem nicht. Und so ähnlich ist es hier. Es geht um die Anhebung des Spiegels des Sees und die Absenkung des Spiegels der Werra. Darüber habe ich geredet. Ich habe auch nicht darüber geredet, dass in Thüringen irgendetwas passieren muss, sondern hier. Und genau das sind die beiden Punkte, wo wir sagen, nein. Wenn es überhaupt geht, ist es jetzt noch zu früh. Das steht aber explizit in dem Ursprungsantrag drin, dass dafür die Planfeststellungsverfahren schon auf den Weg gebracht werden sollen, ohne dass wir überhaupt wissen, was wir damit auslösen, ob wir überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben. Und genau das ist der Grund, weshalb wir sagen, so in dieser Form können wir dem Antrag nicht zuzustimmen und insofern steht in unserem Änderungsantrag etwas ganz anderes drin. Der ist nämlich verfahrensoffen. Bis auf den Punkt Reduzierung der Phosphoreinträge kommunaler Kläranlagen. Das kommt in dem Ursprungsantrag nämlich überhaupt nicht vor. Das ist aber die Quelle und insofern gibt es da einen ganz wesentlichen Unterschied. Und die Frau Hinz hat hier in der Stadtverordnetenversammlung überhaupt nichts zu sagen und hat damit auch überhaupt nichts tun. Das finde ich, Herr Stadtverordnetenvorsteher, lieber Karl, merkwürdig und das weise ich auch mit aller Entschiedenheit zurück.“

Stv.-V. Montag:

„Das nehme ich hin.“

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, also uns zu unterstellen, dass wir Angst hätten vor irgendwelchen Leuten in Wiesbaden, finde ich schon ein starkes Stück. Nein, wir haben keine Angst davor. Aber wir haben das Gutachten gelesen. Das Gutachten von den Experten, den sogenannten. Das ist ein Sammelsurium von Konjunktiven. Es könnte sein. Es könnte das passieren. Es könnte das passieren. Wenn man das machte. Es sind keine festen Geschichten. Es ist ein Könnte. Und sich da festzulegen, auf diese Aneinanderreihung von Konjunktiven, auf Maßnahmen wie Werratalseespiegelanhebung/Werraabsenkung, die Sache ist uns einfach viel zu heiß. Mir persönlich ist im Kopf auf jeden Fall dringeblichen, und das ist auch in diesem Gutachten drin, dass die Experten sagen, das ist noch ein relativ junger See. Man kann noch gar nicht vorhersagen, wie sich dieser See mal entwickeln wird. Das hat auch in dem Gutachten dringestanden. Und vor diesem Hintergrund weigere ich mich persönlich, irgendwie eine Zusage zu machen, was solche Sachen angeht wie Werratalseespiegelanhebung oder Werraabsenkung. Das ist die einzige Angst, die man mir eventuell unterstellen könnte, aber bestimmt keine Angst vor irgendwelchen Ministern in Wiesbaden oder sonst irgendwo. Danke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Montag:

„Dann komme ich zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst den Hauptantrag abstimmen.

Ihren Antrag, den konnte ich jetzt noch überfliegen, das wäre ein zweiter Hauptantrag, der mit Mehrheiten beschlossen werden müsste. Für mich ist das, weil ich ihn auch nicht weiter lesen konnte, kein Änderungsantrag.

Deswegen lasse ich zunächst den Hauptantrag, so wie es unsere Satzung vorsieht, abstimmen.“

Beschluss:

Die Expertenrunde empfiehlt in ihrer Stellungnahme zur aktuellen Situation des Werratalsees keine **voreiligen** Maßnahmen zu ergreifen, da aufgrund der vorliegenden Daten kein Erfolg prognostiziert werden kann. Um qualifizierte Vorschläge machen zu können, welche Maßnahmen zu einer Verbesserung der Wasserqualität des Werratalsees führen, sind weitere Untersuchungen erforderlich. Auch zeichnet sich die Durchführbarkeit der von allen beauftragten Gutachtern als zentrale Maßnahme beschriebene Angleichung der Wasserspiegel von Werra und Werratalsee vor dem Hintergrund der Hochwasserrisikomanagement-Planung ab.

Da die Maßnahmen mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden sind, sollte den Empfehlungen der Expertenrunde gefolgt und das weitere Vorgehen in Abstimmung mit der Gemeinde Meinhard von allen Fraktionen mitgetragen werden. Nur so bestehen größte Chancen, die notwendigen Fördermittel für eine tragfähige Finanzierungsgrundlage zu sichern.

Das weitere Vorgehen lässt sich in vier Aufgabenfelder zusammenfassen:

1. Aufbau eines Monitorings für den Werratalsee
2. Maßnahmen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags aus der Werra
3. Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen
4. Sicherung der Förderung

Mit 32 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen angenommen.

Stv.-V. Montag:

„Ich möchte darüber abstimmen lassen, ob wir die Sitzung heute weiterführen. Unsere Satzung sagt, dass sie in der Regel um 22:00 Uhr beendet sein soll.

Beschluss:

Die Sitzung wird weitergeführt.

Mit 26 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen angenommen.

129. ANTRAG DER CDU-STV.-FRAKTION BETR. FREIES WLAN IN ESCHWEGE
- 03/1 -

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich kündige jetzt gleich mal mit Blick auf die Uhr an, dass wir dem nächsten Tagesordnungspunkt 12 (130) ohne weitere Diskussion zustimmen werden.

Zum Tagesordnungspunkt 11 (129) „Prüfauftrag freies WLAN in Eschwege“, es steht da an der Wand. Der Antrag ist vom 29.09.2015. Da habe ich den eingereicht. Sie wissen, dass zwischenzeitlich Stadtmarketing angekündigt hat, im Bereich des Stades - so etwas auch zu prüfen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, ab und an verlassen wir ja unser schönes Eschwege, und das tun wir sogar manchmal gern, nämlich indem wir in den Urlaub fahren. In vielen europäischen Städten ist das, über das wir uns heute Abend oder demnächst im Ausschuss unterhalten wollen, einfach schon Normalität. Ein frei zugängliches WLAN in den Städten. Warum? Dank Smartphone, dank Tablet ist es ja heute normal geworden, mal kurz seine E-Mails zu checken, im Internet nachzugucken, was immer man will. Und die meisten haben das Problem, dass sie einen Datentarif haben, der am Anfang ziemlich schnell ist. Dann ist das Datenvolumen aufgebraucht und es wird langsam. Ich glaube, das hat jeder schon einmal erlebt. Da ist ein freies WLAN eine schöne Möglichkeit, sein Datenvolumen ein bisschen zu schonen. Und von einem Ausbau, kann man sagen, würden auch alle profitieren, da immer mehr Lebensbereiche ja heute digitalisiert sind. Früher waren es ja nur die Jüngeren, die sind jetzt aber schon weg, die always online waren. Heute sind es alle Teile der Bevölkerung. Man denke nur mal an die ganzen Großeltern, die die Whats-App-Bilder bekommen. Und damit steht natürlich auch eine gewisse Erwartungshaltung im Raum. Ich lehne mich jetzt mal soweit aus dem Fenster und sage, die Datenautobahnen sind auch die Straßen des 21. Jahrhunderts. Welche wirtschaftliche Bedeutung, welche Effekte hat das darüber hinaus? Dass es natürlich nice to have ist. Es bringt eine Aufwertung des Stadtzentrums bzw. der Bereiche, die wir da nicht abschließend aufgeführt haben. Die Stadt kann es natürlich auch für eigene Zwecke selber nutzen. Sei es die Parkraumüberwachung. Sei es mal eine Kameraüberwachung. Es bietet Innovation und Modernisierung. Die digitale Mobilität für Bürger wird damit verbessert und bietet eine Erhöhung der Lebensqualität für Bürger und auch für die Aufenthaltsqualität. Handel, Gastronomie, Dienstleister werden durch Einbindung in ein flächendeckendes WLAN-Netz gestärkt und auch die Attraktivität für Touristen und Besucher steigt. Das ist auch für ausländische Besucher, die wollen wir auch nach Eschwege bekommen, ein finanzieller Nutzen, da Roamingkosten entfallen. Und, was natürlich ein ganz wichtiger Punkt ist, wenn ich mich in einem WLAN anmelde, gibt es eine Registrierungsseite. Da stellt man dann im optimalen Fall zusätzliche Informationen zur Verfügung zu kulturellen Veranstaltungen, für bevorstehende Events, digitale Stadtpläne und natürlich auch Werbung für den lokalen Einzelhandel. Das stellt damit einen Mehrwert für User und Anbieter dar. Zusätzliche Informationen für Touristen, Stadtplan, Sehenswürdigkeiten,

steigern die Attraktivität und, ich will es jetzt mal ein bisschen abkürzen, auch Geschäftsbetreiber haben natürlich die Möglichkeit, das Marketing ein bisschen nach vorne zu bringen.

Jetzt gibt es die Frage, welche Betreibermodelle kann man machen? Die erste Variante wäre jetzt mal, als Stadt betreibt man das selber. Dann wäre die zweite Variante man lässt es sozusagen durch eine stadteigene, stadtnahe Gesellschaft betreiben. Ob das jetzt bei uns Stadtmarketing ist oder die Stadtwerke, die können das mit Sicherheit auch. Oder das öffentliche WLAN macht ein Provider in Eigenregie an den vorhandenen Standorten. Das ist auch die Variante, die wir am erfolgversprechenden sehen, aber wie gesagt, die Prüfung ist offen. Wir haben da auch vorgeschlagen, dann durchaus mal mit den großen Anbietern zu reden, ob die ein Interesse haben, wir wollen ja auch nicht mit denen in einen Wettbewerb treten, und auch zu gucken, was andere Initiativen, zum Beispiel Freifunk, leisten können.

Dann haben mich verschiedene von Ihnen angerufen und haben gesagt, wie sieht das mit der rechtlichen Seite aus. Das war bis zu einem gewissen Zeitpunkt in diesem Jahr problematisch. Deswegen ist ja der Ausbau öffentlicher WLAN-Netze in Deutschland auch nicht vorangekommen. Es hat aber eine Änderung der Gesetzgebung, TMG heißt das abgekürzt, Telemediengesetz, gegeben und dafür ist jetzt die Haftung für Access-Provider, so heißt das, also für den, der den reinen Zugangspunkt hinstellt, weggefallen. Es gibt zwar die Verpflichtung, über zum Beispiel die Zustimmung zu AGBs oder auch die Setzung gewisser Filter, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, aber eine Störerhaftung ist ausgeschlossen. Es ist jetzt im ganz kurzen Staccato. Wer sich das alles zur Vorbereitung auf die Ausschusssitzung mal angucken will. Es hat im Landtag nach unserem Antrag, ich wusste das auch nicht, gebe ich ehrlich zu, eine öffentliche Anhörung des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses gegeben. Das ist die Anhörung 1915, Drucksache 19/1900. Dieses ganze Dokument, wo das haarklein beschrieben ist, die komplette rechtliche Problematik, die technischen Voraussetzungen, ist öffentlich verfügbar. Mein Exemplar habe ich durchgearbeitet. Das überreiche ich jetzt mal dem Bürgermeister. Dann können wir nämlich das Papier sparen und vielleicht kommen wir dann nachher dazu, dass wir auch in der Stadthalle WLAN haben. Dann kann man auch hier mal sein Tablet mitbringen und kann auf das ausgedruckte Totholz verzichten.

Meine Damen und Herren, ich glaube das ist eine gute Chance für uns. Wir möchten gerne, dass dieser Antrag in den Bau- und Planungsausschuss überwiesen wird, und dann haben wir als Stadtverordnete ein genaues Bild. Was kostet das? Herr Brill hat es vorhin noch einmal nachdrücklich erklärt, das Geld ist endlich. Im Optimalfall sollten wir es so hinbekommen, dass es so gut wie nichts kostet, aber für die Stadt einen großen Mehrwert bringt. Und wenn wir uns dafür heute auf den Weg machen können und Sie das Signal dazu geben, wären wir sehr dankbar und ich glaube, alle zukünftigen Nutzer dieser Angelegenheit auch. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Kleinen Moment Herr Schneider. Das ist jetzt ein mündlicher Antrag, das in den Bau- und Planungsausschuss zu überweisen. Sie haben hier geschrieben der Magistrat wird beauftragt. Das war ein klarer Auftrag. Das war keine Überweisung in den Ausschuss. Das lese ich hier.“

Stv. S. Schneider:

„Dann ist das jetzt der mündliche Antrag.“

Stv.-V. Montag:

„Gut. Dann habe ich das so notiert.
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Feiertag.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Schneider, vielen Dank. Das hätte von uns sein können. Fast ein Lob, genau.

Ich habe mich persönlich in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Werra-Meißner-Kreises auch schon einmal darüber unterhalten gehabt. Ich kenne diese rechtliche Änderung, die dem zu Grunde liegt. Ich habe auch noch einmal im Internet recherchiert. So ganz eindeutig formuliert fand ich es jetzt nicht. Deshalb machen wir einfach den Vorschlag, beim Städte- und Gemeindebund bzw. beim Städte- tag, die Möglichkeit haben wir ja, da sind wir Mitglied, da auch noch einmal eine eindeutige Rechts- auskunft einzuholen. Sozusagen, damit wir auf der sicheren Seite sind. Ansonsten muss man vielleicht nicht gleich das ganz große Messer nehmen im ersten Ansatz und ganz Eschwege damit ausstatten. Mir würde es schon reichen, wenn es mit bestimmten Plätzen, wie zum Beispiel dem Marktplatz, wenn ich im Café sitze oder hier in der Stadthalle usw., losginge. Wie gesagt, wir sind da dabei und finden das auch gut. Das ist eine wichtige Investition in den Zukunftsstandort Eschwege. Danke.“

Stv. Volkmar:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Kollegen, ich finde es schön, dass der Antrag gekommen ist, und ich finde es noch schöner, dass man wirklich mal produktiv zusammenarbeiten kann und vielleicht auch wieder etwas gemeinsam anschieben kann. Ich hatte mit Stefan Schneider geredet wegen den rechtlichen Bedenken, die ich habe. Die hat er bei mir weitestgehend zerstreut. Den Vorschlag, den Städte- und Gemeindebund da einzuschalten, halte ich für sinnvoll, und so sind also unsere ganzen Fragen geklärt, und wir unterstützen diesen Antrag vollumfänglich.“

Stv. Gassmann:

„Auch wir begrüßen den Antrag, und er hätte auch von uns sein können. Nichtsdestotrotz, eine Anregung hätte ich nur, dass wir, wenn wir von den öffentlichen Plätzen reden, dann überlegen, ob wir da die Plätze auch ausstatten, wo jetzt die Flüchtlinge untergebracht werden. Ich weiß, dass der Werra-Meißner-Kreis da aktiv ist und das auch vorhat. Aber für den Fall, dass der Werra-Meißner-Kreis es nicht machen sollte, sollte man das mal im Auge behalten.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt,
 - a) zu prüfen, welche Kosten mit der Einrichtung und dem Betrieb eines freien WLAN-Netzes für die öffentlichen Orte der Stadt (Fußgängerzonen, Parks, Werrauerweg, Werdchen, Badestrand Werratalsee etc.) verbunden wären.
 - b) zu prüfen, ob für Aufbau und/oder Betrieb eine Kooperation mit einem Partner (Freifunk, E-KOM 21) eingegangen werden kann.
 - c) zu prüfen, ob es seitens der kommerziellen Anbieter Interesse am Aufbau eines WLAN-Netzes gibt.
2. Überweisung in den Bau- und Planungsausschuss.

Einstimmig beschlossen.

**130. HAUSHALTSKONSOLIDIERUNGSMABNAHMEN IM BEREICH DER STÄDTISCHEN GREMIEN
HIER: ANTRAG AUF ÄNDERUNG DES BESCHLUSSES DER
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG NR. 35, PUNKT 2, VOM 18.09.2014**

- 1 -

Stv.-V. Montag:

„Es geht dabei um eine Anregung von mir, ein interfraktionelles Gespräch durchzuführen, um mal auszuloten, wie die Meinung der Kollegen hier ist. Das ist ja heute Abend prädestiniert, diesen Punkt nicht zu diskutieren, sondern einfach zuzustimmen. Darum werde ich, zwei Sitzungen im Jahr mehr einplanen zu können, die aber nicht unbedingt durchgeführt werden müssen, aber jeder darüber Bescheid weiß. Das ist, weil wir uns festgelegt haben in dem ersten Beschluss, einfach zu beschränken. Und wir hätten auch immer beschließen können, eine Sitzung einzuberufen. Aber das wäre dann ein bisschen schwierig gewesen. Sie haben den Antrag alle gelesen. Gibt es weitere Wortmeldungen?“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Beschlusspunkt 2 des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 35 vom 18.09.2014 wird ersatzlos aufgehoben.

Einstimmig beschlossen.

131. ANTRAG DER GRÜNEN-STV.-FRAKTION BETR. KONZEPT ZUR BEREITSTELLUNG UND FINANZIERUNG VON BEZAHLBAREN UND ZEITGEMÄSSEN WOHNUNGEN AUS DEM WOHNUNGSBESTAND IN ESCHWEGE

- 43/1 -

Stv. Jung:

„In Eschwege gibt es einen großen Wohnungsleerstand, trotz Nachfrage nach geeignetem Wohnraum. Während auf der einen Seite Familien mit Kindern und Alleinerziehende nach geeignetem Wohnraum suchen, stehen auf der anderen Seite viele Wohnungen leer. Wir kennen das alle. Auch für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen ist es schwer, zeitgemäße Wohnungen zu finden. Daher bitten wir den Magistrat, ein Konzept zur Bereitstellung und Finanzierung von bezahlbaren und zeitgemäßen Wohnungen aus dem Wohnungsbestand in Eschwege zu entwickeln. Die Beratungen dazu sollen im Bau- und Planungsausschuss gemeinsam mit dem Finanzausschuss erfolgen. Ich habe jetzt meine Rede bewusst abgekürzt und den Änderungsantrag, den die Linke gestellt hat, den übernehmen wir gerne in unseren Antrag. Die hat einen Ergänzungsantrag gestellt. Entschuldigung.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Zuhörer, die Linke hatte vor nicht allzu langer Zeit im Kreistag eine Anfrage gestellt und da ging es auch um diese Frage des sozialen Wohnungsbaus usw. Deswegen gut, dass dieser Antrag eingebracht wird. Die Zielrichtung ist, denke ich mal, deutlich und klar. Die unterstützen wir. Wir würden das gerne noch ein bisschen modifizieren. Deswegen habe ich auch allen Fraktionen diesen Ergänzungsantrag ausgeteilt. Er liegt allen Fraktionen in mehreren Ausfertigungen vor. Dem Magistrat habe ich vergessen, einen auszuhändigen. Entschuldigung.“

Es geht darum, dass wir diesen sozialen Wohnungsbau, für den die Stadt Eschwege originär zuständig ist, mit hineinbringen als Diskussionsbasis und auch gucken, ob wir diese Fördermöglichkeiten aus dem sozialen Wohnungsbau da irgendwie mit einbinden können. Aber das müssen wir dann im Ausschuss beraten. Danke.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, zunächst mal, Herr Gassmann, also meines Wissens ist die Stadt Eschwege nicht für den sozialen Wohnungsbau zuständig. Das wäre mir neu. Da kann man aber vielleicht mal darüber reden, wie Sie das meinen. Gut.

Im Kern haben wir den Antrag mehrmals durchgelesen und sind bei uns eigentlich zu dem Schluss gekommen, ich mache es auch kurz, wir machen vieles bereits in dem Bereich. Wir haben ein Konzept für den Heuberg gemacht, mit Frau Nießen noch seinerzeit. Zum Beispiel gab es ein Projekt in der Neustadt zum Thema, oder ein Stadtentwicklungsprojekt im Neustadtbereich, wo natürlich auch mit den Bürgern Verschiedenes entwickelt worden ist. Es gibt viel, was in dem Bereich bereits gemacht wird und in dem Antrag geht, wie gesagt, wir haben ihn mehrmals durchgelesen, und Herr Jung hat es eben auch nicht deutlich gemacht, so ein bisschen Hula-Hup vor. Wir wollen Wohnungen, aber wir wissen nicht so richtig wie. Wir haben auch gar nicht analysiert, was es alles gibt. Das macht für uns keinen Sinn, so einen Antrag zu stellen. Wir haben das ja auch im Wahlkampf schon gemacht. Wir machen auch weiter. Das ist unser Thema. Aber so Hula-Hup mal eben darüber hinweg zu fahren, völlig ohne Sinn und Verstand und Zielrichtung, das geht nicht Herr Jung. Also insofern, tut uns leid, da können wir nicht zustimmen.“

Bgm. Heppe:

„Ich möchte an der Stelle nochmal das unterstreichen, was Herr Feiertag eben dankenswerter Weise angefangen hat, vorzutragen. Dass wir nämlich im Bereich der Wohnungswirtschaft schon eine ganze Menge machen. Ich habe mir nur mal, ich hatte während der Sitzung ein paar Mal Zeit, so einige handschriftliche Sachen notiert, die mir spontan eingefallen sind. Es gibt in Eschwege eine Entwicklungsstrategie Wohnen. Wir sind seit Jahren im Stadtumbau West. Haben dort auch viel Wohnraum geschaffen. In diesem Stadtumbau West gibt es ein Teilprogramm Bauen im Bestand, wo wir auch für das kommende Jahr wieder sechsstellige Beträge in die Hand nehmen. Wofür? Damit Wohnraum geschaffen und Wohnungen umgebaut werden. Und wir werden auch versuchen, in ein Folgeprogramm zu kommen für den Zeitpunkt, wo der Stadtumbau West ausläuft. Wir haben im Bereich der Stadtsanierung die Sanierung des Bahnhofumfeldes, wo auch im kommenden Jahr bei vier großen Wohneinheiten Sanierungsmaßnahmen bereits angekündigt sind. Das können Sie in den Investitionsvorhaben lesen, die Ihnen heute im Rahmen des Haushaltes ausgehändigt worden sind. Wir haben die Dorfentwicklung. Das heißt, in sieben Stadtteilen können Immobilienbesitzer Wohnungen schaffen und kriegen dafür Geld, an dem wir noch nicht mal einen kommunalen Miteleistungsanteil bringen müssen. Darüber hinaus haben wir als Stadt und zwar nicht als originäre Zuständigkeit, sondern als freiwillige Leistung viele, viele eigene Wohnungen. Wir haben einen dreistelligen Wohnungsbestand, um den wir uns kümmern, wo auch wir Jahr für Jahr Mittel in die Hand nehmen und auch im kommenden Jahr nochmal etwas mehr, um barrierefrei umzubauen und auch zum Teil energetisch zu sanieren. Plus darüber hinaus Wohnumfeldverbesserung, wenn es nämlich darum geht, Quartiere insgesamt aufzuwerten, um damit dann Folgeinvestitionen durch die private Hand noch anzuregen. Nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. Nur im Augenblick, nachdem wir wirklich sehr, sehr viel Geld auch in diesen Bereich investieren, fehlt mir die Fantasie, wo wir dann noch mehr Geld für weitere Maßnahmen hernehmen sollen. Wir sind im Bereich der Wohnungswirtschaft am Ball. Wir werden das auch gern weiterhin bleiben. Ansonsten, wenn das gewünscht ist, können wir auch gerne jederzeit dazu im Ausschuss nochmal detailliert vortragen. Aber eines solchen Antrages braucht es aus Sicht der Verwaltung nicht, weil wir an dem Thema dran sind. Das ist eine unsere Kernaufgaben, dass wir uns da kümmern. Herzlichen Dank.“

Stv. Hölzel:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, lieber Bernhard Gassmann, Alex Feiertag hat es bereits gesagt, weswegen die SPD nicht zustimmen kann, wir leider Gottes aus den gleichen Gründen nicht. Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie als Antrageinbringer nicht über den immensen Leerstand an bereits bezahlbarem und günstigen, fast schon billig zu nennenden Wohnraum in Eschwege und seinen Ortsteilen wissen. Bei unseren Bemühungen, studentisches Wohnen nach Eschwege zu holen, wurden wir in unserer Annahme bestätigt, dass die hier vertretenen Wohnungsgenossenschaften teils über freien, einerseits bereits schon mit viel Geld modernisierten Wohnraum, aber auch nicht modernisierten, unvermieteten Wohnraum verfügen. Für die privaten Hauseigentümer gibt es eigentlich keine einzige Bank, egal ob ortsansässig oder auswärtig, welche nicht ihr Geld für Modernisierung, energetischen und barrierefreien Umbau überaus günstig, eher genauso billig, ihren Kunden zur Verfügung stellt. Gebetsmühlenartig kommunizieren die es schon über Jahre. Altbekannt die Bausparkassen Wüstenrot, LBS, Schwäbisch Hall usw., die Gleiches tun. Dazu gesellen sich die Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsorganisationen, die die entsprechenden Programme aus Bund, Ländern unüberhörbar, unübersehbar anpreisen. Die WI, die KfW-Bank und, und setzen noch einen oben drauf. Zu guter Letzt wird dann das Invest auch noch steuerlich begünstigt. Aber das Geld, die Programme werden von den Hausbesitzern eben nicht abgerufen und nicht investiert. Die Gründe dafür sind teils simpel und nachvollziehbar. Zu oft fehlen die Perspektive und der Mut der älteren Generation der Hausbesitzer, noch einmal einen Kredit aufzunehmen, und das Risiko der Weitervererbung einzugehen. Zu oft ist der niedrige Mietspiegel hier im Werra-Meißner-Kreis und in der Kreisstadt Eschwege der weitaus gravierendere Grund für ausbleibendes Invest.

Verstehe ich, sehr geehrte Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen, Ihre Sätze in dieser Beschlussvorlage richtig? Verlangen Sie, dass die städtische Verwaltung das stemmen soll, was die eben von mir genannten Organisationen nicht schaffen? Der Bürgermeister war so freundlich und hat eben ausgeführt, was die Stadt Eschwege bereits leistet in der Vergangenheit, in der Gegenwart, und ich bin mir sicher, auch in der Zukunft. Denn es ist Politik, die wir über die Rathausführung auch in diesem Wohnungsbau, in dem Gebäudeumfeld, alles was in Eschwege ist, auch beeinflussen. Aber wir Freien Wähler sind überzeugt, dass die Eschweger Stadtverwaltung in dieser Zeit gut daran tut, die Hände von dem wegzulassen, was Ihr Antrag anregt, nämlich noch mehr zu machen und noch einen oben drauf zu satteln. Das erwarten wir nicht. Der Bestand ist gut. Was die Stadtverwaltung leistet, ist bestens und mehr können und sollten wir nicht tun. Darüber ist sich meine Fraktion einig. Daher werden wir diesem Antrag, Ihrem Antrag nicht zustimmen.“

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Feiertag, Sie mögen vielleicht Recht haben, dass in Eschwege schon etwas in dieser Richtung getan worden ist, aber es reicht noch nicht aus. Ich kriege zumindest bei mir in meiner Praxis öfter Anfragen von Leuten, jungen Familien, die fragen: „Wissen Sie nicht? Haben Sie nicht mal etwas gehört?“ Wir reden hier von einem, wie heißt es noch, bezahlbaren und zeitgemäßen Wohnraum. Wenn ich mir teilweise in der Altstadt, wo ich manchmal Hausbesuche mache, die Wohnungen angucke, nichts gegen die Wohnungen, da sind aber enge Stiegen. Da ist nichts barrierefrei, gar nichts.

Wir haben das andere Problem. Flüchtlinge haben wir vorhin angesprochen. Es gibt kaum Wohnungen für Flüchtlinge. Da müssen viele Flüchtlinge noch in irgendwelchen Heimen und in Sammelunterkünften wohnen, obwohl sie eventuell schon die Möglichkeit hätten, familiär woanders hinzuziehen in Eschwege. Auch da gibt es keine Wohnungen.

Insofern, es mag sein, Herr Feiertag, Herr Bürgermeister auch, dass eine Menge gemacht worden ist hier in Eschwege, aber es reicht immer noch nicht aus. Vielleicht können wir uns ja auf diesen Satz verständigen. Es reicht nicht aus. Also können wir ja diesen Antrag ruhig in den Bau- und Planungsausschuss überweisen, um da noch einmal zu beraten, wie man die Situation vielleicht optimieren kann. Um nichts mehr geht es. Einfach nur mal eine Optimierung. Danke.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich gebe zu, die CDU-Fraktion hat auch lange über diesen Antrag diskutiert und wir waren auch in der Fraktionssitzung zu einem gewissen Stück einfach ratlos. Wir haben uns gefragt, was wollen Sie mit dem Antrag. Wir haben dann, da wir immer versuchen, in dem Antrag dann auch den guten Willen, der dahinter steckt, zu erkennen, diesen guten Willen, den Sie gerade auch versuchen zu skizzieren, dann auch irgendwo entdeckt. Wir hatten das Gefühl, da ist ein gefühltes Problem aufgetaucht und da wurde einfach ein Antrag geschrieben. Wie Sie eben miteinander umgegangen sind, dass nicht mal eine Absprache bestanden hat, wer das vorträgt, gibt, glaube ich, uns allen ein klein bisschen einen Einblick in die Arbeitsweise der Grünen-Fraktion. Vielleicht kann man das in Zukunft ein bisschen solider vorbereiten. Und wenn Sie es solider vorbereitet hätten, wären Sie auch auf viel von dem, was Herr Hölzel, was der Bürgermeister etc., auch Kollege Feiertag, ausgeführt haben, selber gekommen. Und was Sie gesagt haben Herr Dietrich, wir haben ja nun eine Entwicklungsstrategie Wohnen. Wohnungen für niedrige Einkommen gibt es. Reden Sie doch einmal mit den Betreibern, was weiß ich, Wohnstadt etc. pp. Die haben wir doch. Die werden nicht nachgefragt. Das liegt alles vor. Es ist genau umgekehrt.

Und jetzt versuche ich noch einmal, irgendwie dem Antrag, wir werden ihn ablehnen, etwas Gutes abzugewinnen. Dann könnte ich nur noch einmal in Richtung des Magistrates anregen, dass vielleicht alles das, was wir schon Gutes machen, nochmal aufgelegt, nochmal verkündet wird. Es heißt doch immer, tue Gutes und rede darüber. Vielleicht können wir das heute, um dem Antrag etwas Gutes abzugewinnen, als Impuls nehmen, um es der Bevölkerung, um es den Eigentümern und den möglichen Investoren nochmal auf dem Silbertablett zu servieren. Ansonsten, glaube ich, machen wir genug. Vielen Dank.“

Stv. Jung:

„Herr Schneider, wer noch nicht einmal in der Lage ist, in den Antrag reinzuschreiben, in welchen Ausschuss er überwiesen werden soll, der muss uns keine guten Ratschläge, wie wir Anträge zu schreiben haben. Das erst einmal vorweg.“

Stv.-V. Montag:

„Herr Jung, ich erinnere Sie daran, von Herrn Dietrich ist eben der Antrag gestellt worden, das in den Bau- und Planungsausschuss zu überweisen. Ich habe mir das notiert. Ebenfalls ein mündlicher Antrag, so wie ihn Herr Schneider gestellt hat.“

Stv. Jung:

„Das steht in dem Antrag auch drin. Aber danke.“

Stv.-V. Montag:

„Das steht nicht drin.“

Stv. Jung:

„Da steht drin, in den Bau- und Planungsausschuss gemeinsam mit dem Finanzausschuss. Okay. Also wir haben in Eschwege keinen Wohnungsleerstand. Das sieht alles top aus, wenn man durch den Bereich Töpfergasse geht. Wir haben in Eschwege keine Menschen, die Wohnungen suchen, in die sie einziehen können, ob das Familien sind, ob das Alleinerziehende sind. Das gibt es alles überhaupt nicht, wenn ich Ihnen so hier zuhöre. Also ist alles gut? Wir müssen auch nichts dafür tun, dass wir wieder über die 20.000 Einwohner drüber kommen. Es gab mal einen Bundeskanzler, - -, da hat er in

diesem Zusammenhang was Kluges gesagt. Wichtig ist, was hinten rauskommt. Und was hinten rauskommt, ist genau das, was ich gesagt habe, nämlich, dass diese Missstände nach wie vor bestehen. Und genau darauf hat der Antrag abgezielt. Wir haben den Antrag bewusst offen gelassen, um mal zu horchen, was der Magistrat denn nun für Vorschläge macht. Und scheinbar sind die alle der Meinung, wir tun alles. Es ist genug. Wir müssen nichts mehr machen. Das finde ich erstaunlich. Das heißt dann nichts anderes, als dass Sie den Menschen, die Wohnungen suchen, Familien, Alleinerziehenden, Menschen mit niedrigem Einkommen, sagen, geht bitte woanders hin. Wir brauchen euch hier nicht. Das ist das, was Sie hier vorgetragen haben. Nun gut, nun ist groß keine Öffentlichkeit mehr da, aber dann kann man ja so reden.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist doch schon mehrfach gesagt worden, von allen Fraktionen, dass wir hier in Eschwege ein Problem haben, nämlich das Problem, dass die Wohnungen, die gesucht werden, nicht vorhanden sind. Wir haben einigen Leerstand. Aber der Leerstand passt nicht zu dem, was gesucht wird. Und da stehen wir nämlich vor dem Problem des bezahlbaren Wohnraums. Meine Damen und Herren, es geht um bezahlbaren Wohnraum. Bezahlbar bezieht sich auch auf die Größe der Wohnung. Wenn die Wohnung vom Quadratmeter-Preis her günstig ist, aber ich habe nur große Wohnungen, dann haben diejenigen, die auch auf das Geld angewiesen sind, nicht die Möglichkeit, die Wohnungen zu mieten. Ich sage Ihnen, das Job-Center und die Arbeitsagentur und das Sozialamt, die sind sehr streng, wenn es darum geht, dass eine Wohnung zu groß ist. Deswegen brauchen wir angemessenen Wohnraum, der auch bezahlbar ist. Das haben wir in Eschwege nicht. Und zweitens ein Hinweis an den Bürgermeister. Was Sie uns eben alles vorgelesen haben, schön und gut. Was sind denn da für Wohnungen geschaffen worden? Da sind keine Wohnungen geschaffen worden für sozial schwache Leute. Davon gehe ich mal aus. Stadtumbau, Sanierungsmaßnahmen, Dorfentwicklung, das sind doch keine Maßnahmen, die sich Leute leisten können, die wenig Geld haben. Und deswegen, es sind auch so viele Dinge genannt worden, meine ich, ist es nicht verkehrt, sich über ein Konzept, es geht hier darum, ein Konzept zu erstellen, es geht nicht um Geld ausgeben. Das kostet nichts, wie man diesen Mangel an vorhandenem Wohnraum und bezahlbaren Wohnraum beheben kann.

Dann haben wir in Eschwege, in der Innenstadt insbesondere, einen ganz großen Leerstand, was diese Altbausubstanz in Eschwege angeht. Das ist ein Problem, und wenn wir da im Bau- und Planungsausschuss Möglichkeiten entwickeln können und in so ein Konzept hineinbasteln können, bin ich der Meinung, wäre das eine gute Idee. Deswegen plädiere ich dafür, es in den Ausschuss zu überweisen und dort weiter darüber zu beraten. Danke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat der Stadt Eschwege, ein Konzept zur Bereitstellung und Finanzierung von bezahlbaren und zeitgemäßen Wohnungen aus dem Wohnungsbestand in Eschwege zu entwickeln.

Darin sollen besonders Familien, Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen sowie Einwanderinnen und Einwanderer und andere bei uns schutzsuchende Menschen berücksichtigt werden.

Der Vorschlag des Magistrats soll in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und des Finanzausschusses beraten werden.

Mit 32 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen abgelehnt.

132. ANREGUNGEN

Keine Wortmeldungen.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Bevor ich die Sitzung nun schließe, möchte ich noch darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung für Donnerstag, den 03.12.2015, um 17:30 Uhr wieder hier in der Stadthalle geplant ist. An diesem Abend beginnen wir deshalb früher, da ich jetzt gerade im Moment zu einem vorweihnachtlichen Treffen mit etwas zu Essen herzlich einlade. Ich hoffe, es haben sich alle eingetragen, damit wir planen können. Jetzt wünsche ich einen guten Nachhauseweg und einen schönen Restabend und schließe die Sitzung um 22:33 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 11.11.2015**

gez. Karl Montag

Karl Montag
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)